

Afghanistan 2009

Bericht und Fortschrittsbericht der Task Force Afghanistan

WWW.SPDFRAKTION.DE

EINE FRIEDLICHE, FREIE UND GERECHTE WELTORDNUNG

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION,
PETRA ERNSTBERGER MdB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN,
PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

AKTUALISIERTE UND ERWEITERTE AUFLAGE

TEXT/REDAKTION: LEILA JASSIM, DETLEF ROGOSCH, MICHAEL SCHWAN
HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT
AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES
WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.



ALLGEMEIN

SOLIDARISCHE BÜRGERGEMEINSCHAFT UND DEMOKRATISCHER STAAT

NEUE WERTSCHÖPFUNG UND GUTE ARBEIT

DER VORSORGENDE SOZIALSTAAT

EINE FRIEDLICHE, FREIE UND GERECHTE WELTORDNUNG

DAS SOZIALE UND DEMOKRATISCHE EUROPA

NACHHALTIGER FORTSCHRITT

05 Vorwort

Afghanistan 2007 – Bericht

08 Bericht der Task Force Afghanistan:
Sechs Jahre Wiederaufbau

10 Aktuelle Sicherheitslage

15 Staatsbildung und Entwicklung

23 Deutschlands Beitrag: Polizeiaufbau

25 Internationale Mandate, Militäraufbau
und geopolitische Lage

29 Forderungen für eine umfassende
Konsolidierungsstrategie

Afghanistan 2009 – Fortschrittsbericht

34 Fortschrittsbericht zu den Forderungen der
Task Force Afghanistan

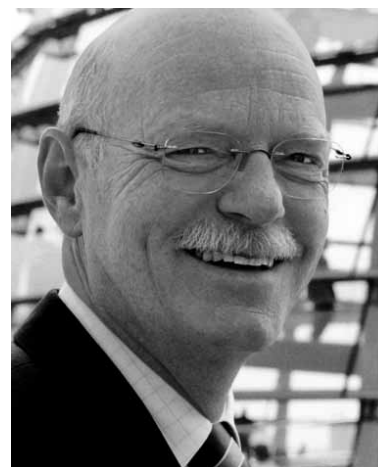
37 Staatsbildung und Entwicklung

49 Internationale Mandate

51 Regionale Einbindung

53 Mitglieder der Task Force Afghanistan
der SPD-Bundestagsfraktion

Vorwort



Dr. Peter Struck

Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Seit mittlerweile mehr als sieben Jahren befindet sich die Bundeswehr im Einsatz in Afghanistan. Gemeinsam mit 40 Partnerstaaten erfüllt sie dort den Auftrag, den die Vereinten Nationen und der Deutsche Bundestag erteilt haben: Für ein sicheres Umfeld zu sorgen, um den Wiederaufbau des Landes zu ermöglichen. Die bisherige Bilanz weist Licht und

Schatten auf. Der zivile Wiederaufbau macht erkennbar Fortschritte. Schulen, Krankenhäuser, Straßen entstehen. Radio- und Fernsehstationen zeugen von Fortschritten bei der Meinungsfreiheit. Der Aufbau von Polizei, Armee und Justiz kommt voran, auch wenn hier noch einiges im Argen liegt.

Die Schlagzeilen über Afghanistan aber werden beherrscht von der verschlechterten Sicherheitslage, von feigen Anschlägen mit Sprengfallen, von Berichten über getötete oder verletzte Soldaten und über zivile Opfer in der afghanischen Bevölkerung.

Kein Zweifel: Die Lage in Afghanistan ist kritisch und wir werden auch künftig unsere Strategie immer wieder überprüfen müssen. Ich bin dennoch nach wie vor der festen Überzeugung: Der Einsatz ist richtig und notwendig. Denn wir dürfen nicht zulassen, dass Afghanistan wieder zu einem „sicheren Hafen“ für Terroristen wird. Wenn die internationale Gemeinschaft Afghanistan jetzt sich selbst überlassen würde, würde in kürzester Zeit

Wenn die internationale Gemeinschaft Afghanistan jetzt sich selbst überlassen würde, würde in kürzester Zeit wieder der Bürgerkrieg ins Land zurückkehren und mit ihm der internationale Terrorismus, der auch unsere Sicherheit in Deutschland bedroht.

wieder der Bürgerkrieg ins Land zurückkehren und mit ihm der internationale Terrorismus, der auch unsere Sicherheit in Deutschland bedroht.

Der zivile Wiederaufbau macht erkennbar Fortschritte. Die Schlagzeilen über Afghanistan aber werden beherrscht von der verschlechterten Sicherheitslage.

Die Entscheidung, Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in einen derart gefährlichen Einsatz zu schicken, ist für jeden Abgeordneten des Bundestages eine schwierige Gewissensfrage. In unserer Fraktion haben wir deshalb vor drei Jahren eine Gruppe gebildet, die sehr genau verfolgt, was in Afghanistan geschieht. Kommen wir unseren Zielen näher? Haben wir die richtige Strategie? Was muss anders, was muss besser werden? Mit diesen Fragen befasst sich unsere „Task Force Afghanistan“.

Ich bin sehr dankbar für die Arbeit dieser Task Force. Denn sie gibt den Abgeordneten meiner Fraktion die notwendigen Informationen für eine verantwortungsvolle Entscheidung an die Hand. Und sie liefert der Bundesregierung wertvolle Hinweise dafür, wie unser Engagement in Afghanistan noch besser und zielgenauer werden kann.

Dr. Peter Struck im Mai 2009

.....

In der vorliegenden Broschüre sind zwei Berichte der Task Force zusammengefasst. Ein erster Lagebericht aus dem Jahr 2007, in dem wichtige Forderungen zur Anpassung unserer Afghanistan Strategie aufgestellt wurden, die zu einem guten Teil in das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung aufgenommen wurden. Und ein Fortschrittsbericht, in dem eine Bilanz seit Erscheinen des ersten Berichts gezogen wird.

Die Berichte beschönigen die Situation in Afghanistan nicht. Sie liefern eine realistische Lageanalyse. Sie zeigen aber auch: Bundesregierung und internationale Gemeinschaft haben die Fähigkeit bewiesen, ihre Strategie zu ändern, neue und andere Schwerpunkte zu setzen und aus Fehlern zu lernen.

Detlef Dzembitzki und die Mitglieder der Task Force Afghanistan haben wichtige und gute Arbeit geleistet. Dafür gilt Ihnen hoher Respekt und der Dank der gesamten Fraktion.

»Die Tinte des Schülers
ist heiliger als das Blut
des Kämpfers.«

afghanisches Sprichwort

Bericht der Task Force Afghanistan: Sechs Jahre Wiederaufbau

Für die Schaffung von Sicherheit sowie einer Perspektive für einen eigenen, afghanischen Wiederaufbauprozess wird das Land noch für längere Zeit auf die Hilfe der internationalen Gemeinschaft angewiesen sein.

In Afghanistan stehen Deutschland und die internationale Gemeinschaft sicherheits-, entwicklungs- und menschenrechtspolitisch vor großen Herausforderungen: einigen beachtlichen Erfolgen in der Bildungspolitik, der Grundversorgung, des Wiederaufbaus der Infrastruktur und dem Aufbau des Staatswesens stehen Rückschläge besonders in sicherheitspolitischen Bereichen gegenüber. Die Lage in einzelnen Landesteilen ist sehr unterschiedlich. In vielen ländlichen Regionen ist nur wenig sichtbare Hilfe angekommen. Für die Schaffung von Sicherheit sowie einer Perspektive für einen eigenen, afghanischen Wiederaufbauprozess wird das Land noch für längere Zeit auf die Hilfe der internationalen Gemeinschaft angewiesen sein. Mit dem Afghanistan Pakt (Afghan Compact) vom Januar 2006 haben sich die internationale Gemeinschaft

(insgesamt 60 Staaten) und Afghanistan bis Ende 2011 auf ein gemeinsames Aufbaukonzept verständigt.

Angesichts dieser Situation hat sich im Oktober 2006 die Task Force Afghanistan als Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion konstituiert. Ziel war und ist es, das bisherige Engagement zu bewerten, die aktuelle Entwicklung in Afghanistan zu verfolgen, einzelne Aspekte detailliert zu untersuchen und eine Handreichung für die Fraktion im Hinblick auf die anstehende Verlängerung der Mandate vorzulegen. In Anlehnung an die beteiligten Ausschüsse (Außen, Innen, Verteidigung, Menschenrechte, Wirtschaftliche Zusammenarbeit & Entwicklung) setzt sich die Task Force Afghanistan aus Mitgliedern dieser Ausschüsse zusammen. Die Mitglieder der Task Force haben unterschiedliche Aspekte des deutschen Engagements

und der allgemeinen Situation in Afghanistan u. a. mit Expertinnen und Experten aus den Bereichen der Bundeswehr, von politischen Stiftungen, der Wissenschaft, mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus Afghanistan, Beratern der afghanischen Regierung sowie der beteiligten Ministerien diskutiert und bewertet.

Wir unterstreichen unser Interesse an einer Stabilisierung der Situation in Afghanistan sowie an einem friedlichen Wiederaufbau. Wir bekennen uns zu einem langfristigen Engagement in

Afghanistan, das dazu führt, dass Afghanistan nicht wieder zum sicheren Hafen für Terroristen wird. Auch wollen wir durch unser Engagement erreichen, dass sich dem Land nach mehr als 20 Jahren Krieg und Bürgerkrieg eine eigene, friedliche Perspektive bietet. Wir verschließen aber auch nicht die Augen vor Fehlentwicklungen oder Tendenzen, die wir für problematisch halten. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, den Ursachen hierfür nachzugehen und die aus unserer Sicht notwendigen Maßnahmen zu benennen und weiter zu verfolgen.

Detlef Dzembritzki im Oktober 2007

Aktuelle Sicherheitslage

Ursachen der Destabilisierung

Seit 2005 hat sich die Gefahrenlage für die Bevölkerung in Afghanistan dramatisch verschlechtert. Expertinnen und Experten sprechen von einem beunruhigenden Rückschritt gegenüber dem bisher Erreichten. Die Dimensionen der alltäglichen Bedrohungen sind komplex, ihre Auswirkungen bedingen und verstärken sich vielfach gegenseitig. Es wird gewaltige Anstrengungen erfordern, um diesen Trend umzukehren.

Dekaden Bürgerkrieg und Talibanherrschaft können nicht in wenigen Jahren bewältigt werden, sie erfordern ein auf Stabilität und Nachhaltigkeit angelegtes langfristiges Engagement.

Sowohl Afghaninnen und Afghanen als auch die internationale Gemeinschaft müssen ihre hohe Erwartungshaltung im Hinblick auf das Tempo der Entwicklung zugunsten einer realistischen Einschätzung der Situation mit erreichbaren Zielsetzungen korrigieren. Die Entfaltung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erfordert weit mehr als nur die Einrichtung der entsprechenden Institutionen. Rechts- und Gerechtigkeitskonzeptionen, sowie institutionalisierte, als legitim verstandene Konfliktaustragungsmechanismen können nicht über die Köpfe der Afghaninnen und Afghanen hinweg, sondern müssen gemeinsam mit ihnen auf der Basis der bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen entwickelt werden.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt können die vorhandenen staatlichen Strukturen weder die physische noch die rechtliche oder soziale Sicherheit der Menschen in Afghanistan garantieren. Nach wie vor ist das Land in weiten Teilen stammesrechtlich organisiert. Die Enttäuschung der afghanischen Bevölkerung über der

Die Entfaltung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erfordert weit mehr als nur die Einrichtung der entsprechenden Institutionen.

Afghanistan ist in der Fläche doppelt so groß wie Deutschland, ländlich geprägt und nur dünn besiedelt. Die Bevölkerung wächst schnell, weit mehr als die Hälfte von ihr lebt unterhalb der Armutsgrenze. 45 Prozent der Afghaninnen und Afghanen sind jünger als 14 Jahre.

Über Jahrzehnte andauernde innere Konflikte haben zu einer kompletten Erosion des Staatswesens geführt. In weiten Teilen des Landes steht nicht der Wiederaufbau sondern die Implementierung neuer, bisher noch nicht vorhandener, staatlicher Strukturen im Vordergrund. Die internationale Gemeinschaft hat die Schwierigkeiten eines derart umfassenden Staatsbildungs-Prozesses unterschätzt, der angesichts des sensiblen sozialen, kulturellen und regionalen Umfelds eine enorme Herausforderung darstellt. Die Folgen von mehr als zwei

Regierung Karzai, Korruption auf allen Ebenen der Gesellschaft, der mangelnde Fortschritt bei der Bekämpfung des Schlafmohnanbaus sowie die Neugruppierung aufständischer Kräfte im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet wirken auf die aktuelle Gesamtsituation in hohem Maße destabilisierend.

Gefahrenlage im öffentlichen Raum

Insbesondere im öffentlichen Raum ist die Sicherheit der Zivilbevölkerung in Afghanistan derzeit durch Minen, Selbstmordattentäter, Straßenbomben, Kriminalität und militärische Operationen erheblich gefährdet. Die Mehrzahl der Afghaninnen und Afghanen hat Angst davor, die neu gebaute Ringstraße zu benutzen. Aus Furcht vor Anschlägen meidet ein Großteil der Bevölkerung öffentliche Zentren oder Stadtkerne. Trotz der steigenden Zahl wiedererbauter Krankenhäuser wird die medizinische Versorgung durch die gefährliche Situation auf den Straßen erschwert. Angriffe auf Schülerinnen, Schüler und Lehrpersonal machen in manchen Landesteilen den Besuch von Ausbildungsstätten riskant und gefährden bereits erreichte Entwicklungserfolge.

Nach wie vor ist die Situation in den nördlichen Provinzen des Landes, wo der Schwerpunkt des deutschen Engagements liegt, stabiler. Aber auch außerhalb des umkämpften Südens und Südostens Afghanistans beeinträchtigt Gewalt zunehmend die Zivilbevölkerung. Taliban und andere militante Gruppierungen haben 2006 bei 350 Terrorangriffen fast 700 afghanische Zivilisten getötet. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Selbstmordattentate gegenüber 2005 um das sechsfache gestiegen. Operationen von ISAF und OEF haben mindestens 230 Zivilisten das Leben gekostet.

Entfremdung von der Regierung Karzai

Zwischen der Zentralregierung in Kabul und der Bevölkerung ist es in den vergangenen Monaten zu einer spürbaren Entfremdung gekommen. Die staatlichen Strukturen sind schwach und können für die Menschen keine physische und rechtliche Sicherheit herstellen. Präsident Hamid Karzai pflegt zunehmend einen präsidialen Regierungsstil, der durch Konzessionen an die Dschihadisten und eine umstrittene Personalpolitik geprägt ist. Korruption, Stammesproporz und Vetternwirtschaft, vor allem auch auf Regierungsseite, beeinflussen die Geschehnisse negativ. Milizen, die von Karzai geduldet werden, bewirken einen riskanten Prozess der Destabilisierung. Mit der „National United Front“ (NUF) entsteht gleichzeitig ein mächtiger politischer Gegenspieler der Regierung.

Die staatlichen Strukturen sind schwach und können für die Menschen keine physische und rechtliche Sicherheit herstellen.

Defizitäre Rechtssicherheit

Korruption, Unzugänglichkeit und mangelnde Ausstattung unterminieren die Legitimität formeller juristischer Institutionen. Gegenwärtig kommen in Afghanistan mit dem Verfassungsrecht, der Scharia und dem Stammesrecht verschiedene Rechtssysteme gleichzeitig zur Anwendung.

Die staatlichen Strukturen in den Provinzen sind schwach. Ohne die notwendigen Kapazitäten und einen gesetzlichen Status haben es die gewählten Provinzräte schwer, Vertrauen in und Perspektiven für ihre Regionen aufzubauen. Ein föderales Konzept, das die Zusammenarbeit zwischen Zentralregierung und Provinzen regelt, existiert (noch) nicht. Lokale Kommandeure kontrollieren weiterhin weite Teile des Landes. Sie erheben Anspruch auf lebenswichtige Ressourcen, treiben „Wegezölle“ für zentrale Verkehrs- und Transportwege ein und sind häufig am Drogenhandel beteiligt.

Neo-Taliban und Militante Kräfte

Neo-Taliban profitieren von der Enttäuschung der Menschen infolge der steigenden Zahl ziviler Opfer durch Militärschläge.

Die Einflussosphäre der Neo-Taliban ist in den vergangenen Monaten deutlich größer geworden. Ihre Taktik ist dadurch gekennzeichnet, dass sie dezentral und verdeckt operieren. Gewaltandrohung, Schutzgeldeintreibung, Zahlungen an arbeitslose junge Männer, gering entlohnte Verwaltungsangestellte oder Polizisten gehören zu den gängigen Methoden. Die Neo-Taliban machen es sich zunutze, dass sich infolge der steigenden Zahl ziviler Opfer durch internationale Militärschläge immer mehr Menschen enttäuscht und auch schutzlos von der neuen staatlichen Ordnung abwenden. Neo-Taliban, OMK und Drogenbarone bilden eine heterogene Interessenallianz, die keineswegs die gleichen ideologischen Vorstellungen teilt, sie ist sich jedoch einig im Hinblick auf drei wesentliche Ziele: Die Regierung von Hamid Karzai soll geschwächt werden, internationale Truppen und Organisationen sollen aus dem Land vertrieben werden und die informelle Kontrolle über weitere Distrikte im Süden, im zentralen Bergland sowie in der Nähe Kabuls soll ausgeweitet werden.

Gefährdungen der sozialen und der ökonomischen Sicherheit

Afghanistan gehört zu den ärmsten und am wenigsten entwickelten Ländern der Welt. Die geschätzte durchschnittliche Lebenserwartung der Bevölkerung liegt bei 43 Jahren. Ein Großteil der Afghaninnen und Afghanen lebt in „extremer Armut“ und ist jahres-

zeitlich von Nahrungsmittelhilfe abhängig. Vor allem Flüchtlinge und Binnenvertriebene leiden besonders unter dieser Situation. Die Mütter- und Kindersterblichkeit ist eine der höchsten weltweit. 25 Prozent der Kinder erreichen das 5. Lebensjahr nicht. In abgelegenen Landesteilen existieren praktisch keine Strukturen einer öffentlichen Gesundheitsversorgung.

Der Zugang zu Schulen und auch zu den Medien hat sich bisher fast nur in den Städten verbessert. Die Analphabetenrate ist hoch und liegt bei rund 75 Prozent. Nach offiziellen Angaben beschäftigt das afghanische Bildungsministerium derzeit 140.000 Lehrerinnen und Lehrer, von denen jedoch ein Großteil aufgrund von schlechter Bezahlung, Korruption und hoher Sicherheitsrisiken seiner Arbeit nicht nachgeht. 33 Prozent der Menschen im arbeitsfähigen Alter sind arbeitslos. Die angespannte Sicherheitslage, die mangelhafte Infrastruktur und die unzureichende

Stromversorgung – 90 Prozent des Landes haben keine Stromversorgung, Kabul 2 Stunden pro Tag – bleiben entscheidende Faktoren, die wirtschaftliche Fortschritte erschweren. 80-90 Prozent der wirtschaftlichen Aktivitäten finden im informellen Sektor oder in der Schattenwirtschaft statt. Schmuggel, Mohnanbau und Drogenhandel haben 2005/2006 einen Erlös von rund 2,8 Milliarden US-Dollar eingebracht, dies entspricht ca. 36 Prozent des legalen afghanischen BIP. Im Vergleich zu 2005 ist die Mohnanbaufläche um 59 Prozent auf 165.000 Hektar gestiegen. Initiativen der afghanischen Regierung zur Bekämpfung des Mohnanbaus, haben insbesondere ärmere Bauern ihre Existenz gekostet. Wohlhabende Mohnanbauer sind dagegen unbehelligt von diesen Programmen geblieben. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass Vertreter der Administration Bestechungsgelder eintreiben bzw. in das Geschäft mit dem Mohn verwickelt sind.

Gefährdung der Grundrechte von Frauen

Traditionelle, patriarchalische Strukturen, die die afghanische Gesellschaft nach wie vor prägen, machen es Frauen und Mädchen schwer, am öffentlichen Leben teilzunehmen. Viele Afghaninnen setzen ihr Leben aufs Spiel, wenn sie öffentliche Ämter übernehmen. Konservative Kräfte versuchen, sie einzuschüchtern, zu bedrohen oder unter Umständen sogar zu ermorden. Gewalt gegen Frauen wird vielerorts nicht als Verbrechen betrachtet. Vor allem in ländlichen Gebieten gehören Steinigungen, Entführungen, Zwangsverheiratungen und Mädchen-

handel zu den größten Gefahren, denen sich Frauen im Alltag ausgesetzt sehen. Ungeachtet dieser Bedrohungen, treten Frauen als wichtige Akteurinnen bei der Herstellung menschlicher Sicherheit in Erscheinung: Sie lassen sich ungleich schwerer als Männer von extremistischen Kräften instrumentalisieren und sind deutlich seltener in Korruptionsgeschäften involviert. Zugleich tragen sie die Hauptverantwortung für das Überleben ihrer Familien.

Frauen treten als wichtige Akteurinnen bei der Herstellung menschlicher Sicherheit in Erscheinung.

Von der Gleichstellung von Frau und Mann, wie die afghanische Verfassung sie vorsieht, sind Staat und Gesellschaft noch sehr weit entfernt. Gender-Programme, von der internationalen Gemeinschaft gefördert, werden als vom Westen importiert angesehen. Ausschließlich auf die Partizipation von Frauen ausgerichtete Maßnahmen, die die Situation der Männer ausblenden, haben zu einem gestiegenen Konfliktpotenzial geführt. Das Tempo des sozialen Wandels ist falsch eingeschätzt bzw. nicht ausreichend respektiert worden. Eine der Folgen dieser Entwicklung ist die Beschäftigung von qualifizierten afghanischen Frauen in „Alibi-Funktionen“.

Nichtregierungsorganisationen im Fadenkreuz militanter Gruppierungen

Sicherheit und Entwicklung in Afghanistan bedingen einander.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen (NROen) arbeiten in Afghanistan unter äußerst gefährlichen Bedingungen. In dem Maße, in dem das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung Karzai schwindet, geraten auch sie immer häufiger in das Fadenkreuz von regierungsfeindlichen und militanten Gruppierungen. Vor- und Nachteile einer engen Zusammenarbeit von zivilen und militärischen Akteurinnen und Akteuren wurden in den vergangenen Monaten ambivalent diskutiert. Grundsätzlich herrscht Einigkeit darüber, dass Sicherheit und Entwicklung in Afghanistan einander bedingen und dass zahlreiche Entwicklungsvorhaben ohne den Einsatz von ISAF praktisch nicht durchführbar wären. NROen suchen dennoch Distanz zu den Militärs, um ihren Status der Neutralität in den Augen der lokalen Bevölkerung nicht zu verlieren. Risiken entstehen vermehrt, wenn Soldatinnen und Soldaten der Nato-Truppen entwicklungspolitische Leistungen anbieten und dabei weder optisch noch räumlich getrennt von den NROen agieren.

Afghanische Diaspora und Wiederaufbau

Beim Wiederaufbau Afghanistans spielt die Diaspora-Gemeinde in Deutschland eine wichtige Rolle. Insbesondere in den 70er und 80er Jahren sind viele Menschen aus Afghanistan nach Deutschland gekommen, die über einen überdurchschnittlich hohen Bildungsgrad verfügen. Den rund 100.000 Exil-Afghaninnen -und Afghanen, die derzeit in Deutschland leben, wird jedoch das Engagement in ihrem Heimatland erschwert, weil sie durch die zeitweilige Rückkehr nach Afghanistan (über 6 Monate) ihren Aufenthaltsstatus in Deutschland gefährden.

Staatsbildung und Entwicklung

Der Staatsaufbau in Afghanistan ist eine große Gemeinschaftsaufgabe. Deutschland steht nicht allein in der Verantwortung. Die komplexe Arbeitsteilung der internationalen Gemeinschaft beim Wiederaufbau Afghanistans hat sich insgesamt bewährt. Grundlage bildet der Afghanistan Compact vom 31. Januar 2006. Sowohl im Bereich der Sicherheit als auch bei der entwicklungspolitischen Aufbauarbeit haben einzelne Nationen jeweils die Führungsrolle für ausgesuchte Sektoren übernommen.

Als Teil einer umfassenden Sicherheitssektorreform wurden fünf Sicherheitsbereiche auf verschiedene Führungsnationen („Lead Nations“ bzw. „Lead Donors“) übertragen:

Deutschland:	Polizeiaufbau (seit Juni 2007 eingebettet in ESVP-Mission)
Italien:	Justizaufbau (ab 2007 verstärkte Rolle der EU)
Japan:	Entwaffnung, Entmilitarisierung, Reintegration
Großbritannien:	Drogenbekämpfung
USA:	Armeeaufbau

Schwerpunktsektoren des Wiederaufbaus

Analog zur Sicherheitssektorreform hat die Londoner Afghanistan-Konferenz auch im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit Schwerpunktsektoren für das Engagement der Gebergemeinschaft definiert. Internationale Investitionen zum Aufbau einer stabilen Wirtschaft und Gesellschaft sollen insbesondere in folgenden Bereichen erfolgen:

- Infrastruktur und natürliche Ressourcen
- Bildung
- Gesundheit
- Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
- Sozialfürsorge, effiziente Regierungsführung & Korruptionsbekämpfung
- Förderung der Privatwirtschaft

Der deutsche Beitrag zum zivilen Aufbau

Der deutsche Beitrag zum zivilen Aufbau umfasst vor allem Vorhaben in den Bereichen Infrastruktur, Wirtschaftsförderung und Grundbildung, u. a.:

- Versorgung mit Strom aus nachhaltigen Energien, u. a. : Wiederherstellung der Trinkwasserversorgung in Kabul, Kunduz und Herat, Beratung der afghanischen Regierung, Verbesserung der Stromversorgung, Rehabilitation und Wiederaufbau von Wasserkraftwerken
- ab 2007 Neuvorhaben im Bereich der Verkehrsinfrastruktur
- Förderung des Wirtschaftslebens: Einrichtung einer Investitionsförderagentur (AISA), Aufbau einer Exportförderagentur, Unterstützung des afghanischen Mittelstands im Norden und im Nordosten, Aufbau einer Mikrofinanzbank
- Bildung: Bau von Lehrerausbildungszentren und Schulen, Ausbildung von Lehrern, insbesondere Lehrerinnen für (Mädchen-)Schulen, Hochschulzusammenarbeit und Sekundarschulförderung, seit 2007 finanzielle Unterstützung des Nationalen Bildungsplans (NEP)

Ressourcen und finanzielle Beiträge

*Der entwicklungs-
politische Beitrag
und die militäri-
schen Ausgaben
stehen bisher in
keinem ausgewo-
genen Verhältnis
zueinander.*

Der Wiederaufbau Afghanistans stellt sich als gleichermaßen sicherheits- und entwicklungspolitische Herausforderung dar, allerdings stehen der entwicklungspolitische Beitrag und die militärischen Ausgaben bisher noch in keinem ausgewogenen Verhältnis zueinander. Für den Zeitraum 2002 bis 2010 hat die internationale Gebergemeinschaft bislang rund 30 Milliarden US-Dollar für Afghanistan bereitgestellt, dies entspricht rund 1000 US-Dollar pro Kopf im Gesamtzeitraum. Für eine zügigere Mittelabgabe durch die einzelnen Regierungen muss in Zukunft gesorgt werden. Deutschlands Anteil an diesem Gesamtbetrag umfasst mehr als 900 Millionen Euro. Der im Haushalt des BMZ eingestellte Grundbeitrag betrug bis 2006 80 Millionen Euro und wurde in 2007 auf 100 Millionen Euro erhöht. Die Kosten des deutschen Bundeswehreinsetzes belaufen sich gegenwärtig jährlich auf rund 495 Millionen Euro, davon ca. 35 Millionen Euro für den Tornadoeinsatz in den ersten sechs Monaten.

Grundsätzlich sollten die Finanzmittel für den zivilen Aufbau überprüft und den veränderten Herausforderungen angepasst werden. Im Interesse der Effizienz ist es wichtig, finanzielle Mittel stärker zweckgebunden und zugleich regionalisiert einzusetzen. Auf der Grundlage einer fortgeschriebenen und konkretisierten Afghanistan-Strategie der Bundesregierung sollten die finanziellen Mittel und Instrumente des zivilen Afghanistan-Engagements besser aufeinander abgestimmt werden. Die deutsche Koordination

der bi- und multilateralen Zusammenarbeit wird von Kabul aus geleistet. Hierzu haben bisher nicht immer ausreichende personelle Ressourcen zur Verfügung gestanden. Vor Ort müssen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, um schnelle und flexible Entscheidungen – auch ressortübergreifend – zu treffen.

Afghanische Eigenverantwortung

Afghaninnen und Afghanen fordern immer wieder zu Recht mehr Eigenverantwortung für den Aufbau ihres Landes. Die Verwirklichung der Eigenverantwortung leidet jedoch sowohl an den schwachen staatlichen Institutionen als auch vor allem an der Unterminierung des Staatsaufbaus durch Mitglieder der afghanischen Administration. Entwicklungs- und Aufbauenerfolge können langfristig nur Früchte tragen, wenn die afghanische Regierung selbst energischer und konsequenter gegen Korruption, Nepotismus und Drogenhandel vorgeht. Dies sollte auf den internationalen Afghanistan-Konferenzen immer wieder mit Nachdruck thematisiert werden.

Militärische Präsenz ist kein Eigenwert

Der Einsatz von ISAF in Afghanistan ist unverzichtbar für die Schaffung eines sicheren Umfeldes, in dem langfristig Stabilisierung und Entwicklung stattfinden können. ISAF verfolgt keine militärische sondern eine politische Zielsetzung. Der physische Schutz der afghanischen Bevölkerung kann durch die internationale Schutztruppe letztlich kaum geleistet werden, das Verhältnis von ISAF-Soldaten und Bevölkerung beträgt 1 : 4000. Entscheidend für den Erfolg der ISAF-Mission ist das „Networking“, das im Umfeld der PRTs stattfindet und durch enge Kontakte zur Bevölkerung die Situation stabilisiert. Angesichts der zugespitzten Gefahrenlage drohen sich bereits erfolgreich geknüpfte Netzwerke im deutschen Verantwortungsbereich von ISAF derzeit wieder aufzulösen, weil sich ISAF-freundliche Akteure und Akteurinnen aus Sicherheitsgründen zurückziehen.

*ISAF verfolgt keine
militärische, son-
dern eine politische
Zielsetzung.*

Die militärische Bekämpfung der Taliban und anderer Oppositioneller Militanter Kräfte (OMK) wird ohne eine umfassende politische Initiative nicht gelingen. Das Hauptaugenmerk muss auf der Entwicklung eines demokratisch legitimierten und handlungsfähigen Staatswesens liegen, das in der Lage ist, die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern und die Stabilisierung des Landes nachhaltig zu gewährleisten. Bisher lag der Fokus überwiegend auf der institutionellen Stärkung der Zentralregierung in Kabul, die Provinzen sind lange Zeit vernachlässigt worden. Über den Erfolg der ISAF-Mission wird letztlich entscheiden, ob es Deutschland und der internationalen Gemeinschaft gelingt, zu einer positiven Entwicklung in

Afghanistan beizutragen und dies auch glaubhaft zu vermitteln. Andernfalls wächst die Gefahr, dass die internationalen Militärs von den Afghaninnen und Afghanen als Besatzungstruppen wahrgenommen werden.

Unterschiedliche Strategien und Zielsetzungen der Bündnispartner

Die Ankündigungen vom NATO-Gipfel in Riga 2006 sind bisher noch nicht umgesetzt worden.

Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist die sich gegenwärtig zuspitzende Situation in Afghanistan zumindest teilweise auf einen Richtungsstreit innerhalb der NATO zurückzuführen. Angesichts der unterschiedlichen Strategien und Zielsetzungen der Bündnispartner drohen der Norden und der Süden des Landes zunehmend auseinander zu fallen. Die verschärfte Gefahrenlage im Süden führt auch im Norden zwangsläufig zu einer Destabilisierung. Entgegen den Ankündigungen vom NATO-Gipfel in Riga 2006 wird den militärischen Missionen in Afghanistan nach wie vor größeres Gewicht eingeräumt als den entwicklungspolitischen Bemühungen. Eine politische Komplementärstrategie zum militärischen Einsatz für die südlichen Provinzen ist bisher mit den NATO-Partnern nicht abgestimmt worden. Aus diesem Grund ist eine deutsche Initiative auf internationaler Ebene zu dieser Frage dringend geboten.

ISAF-Region Nord: Der deutsche Verantwortungsbereich

Im Norden Afghanistans trägt Deutschland die Verantwortung für den Wiederaufbau und die Entwicklung der Region. Militärisch bedeutet das, im Rahmen von ISAF mit vergleichsweise geringen Kräften für die Herstellung eines ausreichend sicheren Umfeldes zu sorgen, in dem ziviles Engagement und die Arbeit von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen stattfinden können. Große Bedeutung kommt darüber hinaus der polizeilichen und militärischen Ausbildung der afghanischen Sicherheitsorgane zu, die selbst Verantwortung für die Situation in ihrem eigenen Land übernehmen sollen und wollen. Dies bildet die Voraussetzung für den Abzug der ISAF-Kräfte.

Regionale Wiederaufbauteams

Grundlage des deutschen und des internationalen Engagements in Afghanistan ist das Konzept der „Provincial Reconstruction Teams“ (PRT). In der unter deutscher Führung stehenden ISAF-Nordregion arbeiten derzeit fünf PRTs in insgesamt neun Provinzen. Deutsche PRTs sind in Kunduz und Feyzabad eingerichtet, sie setzen sich aus Personal des BMVg, AA, BMI und BMZ zusammen. Damit räumt das deutsche PRT-Konzept der zivilen und der militärischen Komponente die gleiche Bedeutung ein.

Eine stufenweise Ausweitung der PRTs auf alle afghanischen Provinzen - in einem ersten Schritt zumindest im deutschen Verantwortungsbereich - ist dringend notwendig. Fünf PRTs in neun Provinzen sind zu wenig. Nordafghanistan kann und muss Modellcharakter für den Aufbau in ganz Afghanistan haben. Die Ausgestaltung einzelner PRTs sollte der jeweiligen Sicherheitslage angepasst und mit möglichst geringem materiellen Aufwand erfolgen.

Um den Aufbau lokaler Verwaltungsstrukturen intensiver zu fördern, sollte

das Konzept der PRTs um sogenannte „Provincial Advisory Teams“ (PATs) erweitert werden. Nicht nur für die Regierung in Kabul sondern auch für die afghanischen Lokalpolitikerinnen und Lokalpolitiker müssen in den Provinzen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Dies dient insbesondere dem Aufbau und der Stabilisierung lokaler Netzwerke.

Eine der wichtigsten Aufgaben der PRT-Angehörigen vor Ort ist es, den engen Kontakt zur Bevölkerung zu suchen. Jeder PRT-Kommandant ist Ansprechpartner für Vertreterinnen und Vertreter der verschiedensten afghanischen Interessengruppierungen und trägt dadurch aktiv zum Aufbau und zur Stabilisierung lokaler Netzwerke bei. Die sogenannten „Hearts-and-Minds-Campaigns“ bauen auf der Kontinuität der persönlichen Kontakte auf, insofern ist es wichtig, sich von deutscher Seite um eine Verlängerung und Flexibilisierung der Stehzeiten sowohl des militärischen als auch des zivilen Personals zu bemühen.

Das deutsche PRT-Konzept räumt der zivilen und der militärischen Komponente die gleiche Bedeutung ein.

Institutionelle Stärkung der Provinzen

Vor allem in den ländlichen Regionen ist der afghanische Staat kaum präsent. Zentrale Basisdienstleistungen, wie Gesundheits- oder Bildungsdienste, werden derzeit nicht von ihm sondern von NROen übernommen. Es bedarf erheblicher Anstrengungen um diesen Zustand zu überwinden. Dazu muss auf internationaler Ebene eine Harmonisierung der verschiedenen Geberaktivitäten stattfinden. Auch der Dialog mit der afghanischen Regierung muss intensiver zu dieser Problematik geführt werden. Staatliche Institutionen sollten auf lokaler Ebene deutlich gestärkt und besser ausgestattet werden. Dazu gehört auch, Provinz- und Distriktverwaltungen enger an die Zentralregierung in Kabul anzubinden. Nur auf diese Weise können sich die Afghaninnen und Afghanen stärker mit den staatlichen Institutionen ihres Landes identifizieren.

Ausbau der Basisinfrastruktur braucht Zeit

Entwicklungszusammenarbeit ist kurzfristig kein Mittel gegen Radikalisierungstendenzen, Terrorismus und Drogenkriminalität. Strukturbildende Prozesse erfordern Zeit und ein auf Kontinuität setzendes zuverlässiges Engagement. NROen leisten vor Ort in Afghanistan wertvolle Arbeit. Zur Stabilisierung und Entfaltung staatlicher Strukturen können sie jedoch nur sehr bedingt bzw. indirekt beitragen (z. B. durch Rechtsberatung, Bildungsangebote etc.). Um die staatlichen Strukturen in Afghanistan weiter auszubilden und zu festigen, müssen die Rechte der afghanischen Verfassung in der breiten Bevölkerung, z. B. durch Beratungsstellen in Zusammenarbeit mit Moscheen und Massenmedien, bekannter gemacht werden. Die Einführung eines flächendeckenden Rechtsberatungssystems ist eine wichtige Voraussetzung dafür.

Ohne zusätzliches entwicklungspolitisches Engagement im Süden und Südosten kann Afghanistan nicht befriedet werden.

Der Ausbau der staatlichen Basisinfrastruktur in der Fläche gepaart mit Capacity Building und Maßnahmen zur Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten muss deshalb oberste Priorität bei der Ausweitung des deutschen Engagements in Afghanistan haben. Ohne zusätzliches entwicklungspolitisches Engagement im Süden und Südosten kann Afghanistan zudem nicht befriedet werden.

Projekte für Capacity Building nutzen

Bei der Durchführung von Entwicklungs- und Aufbauvorhaben muss künftig mehr darauf geachtet werden, dass Afghaninnen und Afghanen nicht nur in die Projektplanung einbezogen werden, sondern auch an der Umsetzung der Projekte teilhaben. Beim Straßen-, Schul- und Brunnenbau kann die Beteiligung und Qualifizierung ganzer Dorfgemeinschaften erfolgen. Vermitteltes Wissen muss in der Bevölkerung wachsen und weitergegeben werden, nur wenn dies geschieht, entstehen tragfähige gesellschaftliche Strukturen.

Tragfähige gesellschaftliche Strukturen entstehen nur, wenn vermitteltes Wissen in der Bevölkerung wächst und weiter gegeben wird.

Friedensdividende muss sichtbar werden: Leuchtturmprojekte

Gerade angesichts der gegenwärtigen fragilen Situation ist es wichtig, entwicklungspolitische Leuchtturmprojekte zu initiieren, von denen die Menschen in Afghanistan einander berichten und erzählen können. Das „Weitererzählen“, die Kommunikation spielt eine ganz wesentliche Rolle bei der Vertrauensbildung. Leuchtturmprojekte müssen – anders als langfristige strukturbildende Maßnahmen – schnell, spürbar und sichtbar die Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessern.

Kulturelle Sensibilität als Leitbild

Kulturelle Sensibilität muss noch stärker als bisher allen entwicklungspolitischen Vorhaben als Leitbild dienen. Dies ist in der Vergangenheit nicht immer ausreichend geschehen. Spannungen sind zum Teil aufgetreten, weil einzelne Maßnahmen oder Projekte durchgeführt wurden, ohne zuvor die lokalen Autoritäten zu konsultieren. Daneben haben positive Beispiele gezeigt, dass – sofern sie rechtzeitig eingebunden werden – lokale Führer durchaus dazu bereit sind mit entwicklungspolitischen Organisationen zu kooperieren. Solche Formen der Zusammenarbeit müssen unterstützt und ausgebaut werden.

Beteiligung und Förderung von Frauen

Nur 1,7 Millionen Euro aus dem deutschen Gesamtbeitrag kommen in Afghanistan jährlich den Frauenprojekten zugute. Diese Summe ist zu gering und sollte spürbar aufgestockt werden. Mittel und Ressourcen werden vor allem benötigt, um mehr Regeldienste (Beratungsstellen, Frauenhäuser, psycho-soziale Betreuung für traumatisierte Frauen und Männer) einzurichten. Frauen, die sich in der Öffentlichkeit engagieren, sind häufig tätlichen Angriffen ausgesetzt. Sie müssen stärker geschützt bzw. durch Sicherheitstrainings besser auf diese Gefahren vorbereitet werden. Die afghanische Regierung sollte dazu aufgefordert werden, die afghanische Öffentlichkeit verstärkt über das gesetzliche Mindestheiratsalter für Mädchen aufzuklären und für die entsprechende Strafverfolgung bei der Missachtung dieses Gesetzes zu sorgen. Eine allgemeine Pflicht zur Registrierung von Ehen sollte von deutscher Seite angeregt werden. Die Anhebung der Schulpflicht auf das 16. Lebensjahr könnte ebenfalls dazu beitragen, dass weder Mädchen noch Jungen ihre Ausbildung aufgrund einer Heirat abbrechen müssen. Vor allem im Bereich der Bildung bedürfen Mädchen nach wie vor einer besonderen Unterstützung. Die deutsche Bundesregierung wird deshalb gebeten, konkreter als bisher ihr Engagement im Bildungsbereich zu benennen und im Controllingverfahren zukünftig über die Umsetzung des Bildungsplans zu berichten.

Drogenbekämpfung

Drogenbekämpfung muss strategisch wirksamer in die entwicklungs-politischen Ansätze integriert werden.

Die gesamte Entwicklung Afghanistans wird durch die Drogenökonomie erheblich gefährdet. Einzelne Projekte reichen nicht aus, um diese Problematik nachhaltig zu lösen. Drogenbekämpfung muss deshalb künftig umfassender und strategisch wirksamer in die entwicklungspolitischen Ansätze integriert werden. Rein repressive Maßnahmen, vor allem gegen Bauern gerichtete, sind kontraproduktiv. Diese berauben sie ihrer Existenz und treiben sie potentiell in die Arme von Extremisten. Auch die chemische Zerstörung von Schlafmohnfeldern ist aus deutscher Sicht inakzeptabel. Priorität sollte dagegen die strafrechtliche Verfolgung der Hauptakteure des Dro-

gengeschäfts haben, insbesondere und gerade auch innerhalb der politischen Strukturen. Lokale Verflechtungen von Drogen-Mafia, Polizei und Verwaltung müssen zerschlagen werden.

Auf der Basis eines ganzheitlichen Maßnahmenpaketes (Infrastruktur, Bildung, Gesundheit, Beschäftigungsförderung, gute Regierungsführung) müssen legale Einkommensquellen für die Bevölkerung geschaffen werden. Auch Provinzen, in denen kein Drogenanbau praktiziert wird, benötigen eine besondere Förderung. Die Einbeziehung der Nachbarstaaten hat für die Gesamtproblematik große Bedeutung.

Deutschlands Beitrag: Polizeiaufbau

Ausgangslage und konzeptionelle Ansätze

Im Jahr 2002 hat Deutschland als „Lead Donor“ die Führungsfunktion beim Aufbau der afghanischen Polizei übernommen. Laut „Afghanistan Compact“ soll bis Ende 2010 eine „in vollem Umfang verfügbare, professionelle, funktionsfähige und ethnisch ausgewogene“ Polizei entstehen. Insgesamt ist geplant, 62 000 Beamtinnen und Beamte in Afghanistan aufzustellen, davon 12 000 im Bereich der Grenzpolizei, die aus den militärischen Strukturen ausgegliedert wird.

Das Vorhaben, rechtstaatliche und moderne Polizeistrukturen zu entwickeln, hat sich, entgegen der ursprünglichen Annahme, nicht als Wiederaufbau, sondern als ein substanzieller Neuaufbau erwiesen. Nach 23 Jahren Krieg und Gewaltherrschaft waren die polizeilichen Organisationsstrukturen nahezu völlig zerstört.

Angesichts dieser desolaten Ausgangssituation ist es Deutschland nicht gelungen, die notwendigen Ressourcen und Kapazitäten für den Aufbau der afghanischen Polizei aus eigener Kraft zu erbringen. Insbesondere die freiwillige Beteiligung seitens der Bundes- und Länderpolizeien blieb hinter den Erwartungen zurück, nicht zuletzt ist dies auf die ungünstigen Einsatzbedingungen der

in Afghanistan tätigen deutschen Beamtinnen und Beamten zurückzuführen. Neue Anreize für den freiwilligen Einsatz in Afghanistan sowie mehr Flexibilität – beispielsweise in der Auslegung der Bundesreisekostenverordnung – könnten zu einer verbesserten personellen Präsenz vor Ort führen.

Bis zu Beginn der EU-Polizeimission waren im deutschen Polizeiprojektbüro in Kabul bis zu 42 Ausbilderinnen und Ausbilder im Einsatz. An der Mitte Juni 2007 gestarteten europäischen Mission EUPOL ist Deutschland in der ersten Phase mit 32 Polizistinnen und Polizisten und einer politischen Beraterin beteiligt. Die deutsche Aus- und Fortbildung mittlerer und höherer Dienstgrade genießt in Afghanistan hohes Ansehen. Das qualitativ hochwertige Ausbildungskonzept muss jedoch quantitativ weiter ausgebaut und auch besser ausgestattet werden, dies gilt in gleichem Maße auch für die jetzt angelaufene EU-Mission.

Die ersten erfolgreichen Abgängerinnen und Abgänger der mit deutscher Unterstützung am 24. August 2002 wieder eröffneten Polizeiakademie bilden das personelle Grundgerüst, das durch ein Mentorenkonzept gestützt wird. Seitdem haben rund 18.600 Polizistinnen und Polizisten mittlerer und höherer Dienstgrade

Das qualitativ hochwertige Ausbildungskonzept muss quantitativ weiter ausgebaut und besser ausgestattet werden.

an dieser Akademie eine Fortbildung absolviert, davon 4.600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in ein- bis dreijährigen Programmen. Die Anzahl qualifizierter Afghaninnen und Afghanen reicht jedoch noch nicht aus, um den personellen Bedarf zu decken. Hinzu kommt der Umstand, dass – zum Teil aus machtpolitischen Gründen – höhere Führungsfunktionen nicht immer mit Absolventinnen und Absolventen der neuen Polizeiakademie besetzt werden.

Sowohl die ethnische Ausgewogenheit als auch die Integration von Frauen in den Polizeidienst sind bisher nur ungenügend umgesetzt worden. Mit beiden Zielvorgaben sind sowohl von staatlicher als auch von gesellschaftlicher Seite starke Widerstände verbunden. Zur Stärkung der Rechte der Frauen ist es wichtig, diesen Rechten mehr Gewicht in den Curricula der Polizeiausbildung einzuräumen.

Vetternwirtschaft, Unterschlagung und Bestechlichkeit in Polizeikreisen

Die afghanische Polizei muss regelmäßig und Existenz sichernd für ihre Arbeit entlohnt werden.

Die internationale Gemeinschaft bemüht sich, in Afghanistan eine an rechtstaatlichen Maßstäben orientierte Polizei aufzubauen, die das Vertrauen der Bevölkerung gewinnt. Diese Bemühungen, werden durch korrupt agierende Beamtinnen und Beamte zum Teil erheblich gefährdet. Die gesellschaftliche Hemmschwelle für Korruption ist in Afghanistan grundsätzlich gering. Vetternwirtschaft, Unterschlagung und Bestechlichkeit sind deshalb auch in Polizei- und Verwaltungskreisen weit verbreitet. Nur eine konsequente juristische Sanktionierung insbesondere der Korruptionsfälle auf Führungsebene kann diese Erscheinungen langfristig beseitigen.

Um ein loyales Verhalten gegenüber dem afghanischen Staat zu entwickeln, müssen die Polizistinnen und Polizisten der afghanischen Polizei (ANP) regelmäßig und Existenz sichernd für ihre Arbeit entlohnt werden. Zurzeit gibt es nach wie vor das Problem, dass bedingt durch Korruption bei der Auszahlung der Gehälter nur Teilbeträge bei den rechtmäßigen Empfängerinnen und Empfängern ankommen. Um diesem Trend entgegenzuwirken, werden die Gehälter für die ANP aus dem international verwalteten „Law and Order Trust Fund“ bezahlt. Die Bemühungen, die Auszahlungsmodalitäten korruptionsresistent zu gestalten, sollten in jedem Fall weiter verstärkt werden.

Internationale Mandate, Militäraufbau und geopolitische Lage

Internationale Militärische Präsenz in Afghanistan

Das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung beschreibt das Nebeneinander von ISAF mit seiner Stabilisierungs- und Aufbauarbeit und der Operation Enduring Freedom (OEF) im Anti-Terroreinsatz. Beide Mandate berufen sich auf unterschiedliche völkerrechtliche Grundlagen.

Die durchaus sinnvolle Trennung zwischen den beiden Mandaten wird sowohl in der internationalen als auch in der innerafghanischen Wahrnehmung immer weniger deutlich. Der Kampf im Süden und Osten des Landes geht gegen dieselben Kräfte, die mit Attentätern auch im Norden die Situation destabilisieren wollen. Der Norden ist zwar noch ruhiger als andere Regionen, gründet jedoch nicht auf eine selbsttragende Stabilität. Nur kleine negative Entwicklungen können die Situation kippen.

Die durchaus sinnvolle Trennung zwischen den beiden Mandaten wird in der internationalen wie innerafghanischen Wahrnehmung undeutlicher.

Operation Enduring Freedom (OEF)

Die Grundlage der von den USA geführten „Operation Enduring Freedom“ sind die Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des UN-Sicherheitsrates, mit denen die Anschläge vom 11. September verurteilt und die Staatengemeinschaft zum Kampf gegen den Terrorismus aufgerufen wurden, der Artikel 51 der UN-Charta, der das Recht auf Selbstverteidigung postuliert und Artikel 5 des NATO-Vertrages zu gegenseitigem Beistand. Die Rolle der OEF in Afghanistan würdigte der UN-Sicherheitsrat ausdrücklich in seiner Resolution 1623 aus dem Jahre 2005. In anderen Resolutionen werden die internationalen Anstrengungen zur Bekämpfung des Terrorismus, die im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen stehen, unterstützt. Insgesamt beteiligen sich 20 Nationen mit Beiträgen zur OEF, davon 17 in Afghanistan. Der Deutsche Bundestag hat die Beteiligung an OEF erstmals am 16. November 2001 beschlossen. Das Mandat umfasst zurzeit die Bereithaltung von 25 Sanitätskräften (Airbus A310 MEDEVAC) zur luftgestützten medizinischen Notfallversorgung und

Evakuierung, 100 KSK-Soldaten auf Abruf sowie Seestreitkräfte im Einsatz am Horn von Afrika (ca. 250 Soldaten).

UN-Mandat ISAF

Grundlage für die Schaffung der International Security Assistance Force (ISAF) war die Bonner Vereinbarung über den Wiederaufbau Afghanistans vom Dezember 2001. Der UN-Sicherheitsrat beschloss auf Bitten der afghanischen Regierung deren Aufstellung am 20. Dezember 2001. Am 22. Dezember 2001 hat der Bundestag erstmals die Beteiligung deutscher Streitkräfte an dieser ISAF-Mission beschlossen. ISAF soll im Auftrag der Vereinten Nationen die mittlerweile demokratisch legitimierte afghanische Regierung bei der Herstellung und Wahrung der inneren Sicherheit des Landes unterstützen. Darüber hinaus hilft ISAF bei der Auslieferung humanitärer Hilfsgüter und der geregelten Rückkehr von Flüchtlingen. Die 37 teilnehmenden Staaten wurden von der UN ermächtigt, „alle zur Erfüllung ihres Mandats notwendigen Maßnahmen zu ergreifen“. Damit sind auch Kampfeinsätze gegen militante Gegner der ISAF-Schutztruppe gemeint.

ISAF-Mandat Luftaufklärung und -überwachung

Die fragile Sicherheitslage und die Ausweitung der Aufgaben der NATO im Rahmen von ISAF auf ganz Afghanistan am 5. Oktober 2006 haben dazu geführt, dass eine verbesserte Fähigkeit zur Aufklärung aus der Luft notwendig wurde. Eine entsprechende Anfrage der NATO an die Bundesregierung erfolgte im Dezember 2006. Mit dem Beschluss des Bundestages vom 9. März 2007 wurde eine entsprechende Ergänzung des bereits bestehenden deutschen Beitrages zu ISAF vorgenommen. Grundlage dieser Erweiterung sind die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates 1368 (2001) vom 20. Dezember 2001, 1413 (2002) vom 23. Mai 2002, 1444 (2002) vom 27. November 2002, 1510 (2003) vom 13. Oktober 2003, 1563 (2004) vom 17. September 2004, 1623 (2005) vom 13. September 2005 und 1707 (2006) vom 12. September 2006.

Zum Einsatz kommen Aufklärungsflugzeuge des Typs TORNADO RECCE, die für diese Aufgabe besonders gut geeignet sind. Die Datenübermittlung erfolgt dabei gemäß dem ISAF-Operationsplan. Eine Übermittlung von Aufklärungsergebnissen an OEF sieht dieser Operationsplan nur für den Fall vor, dass dies zur Durchführung der ISAF-Operation oder für die Sicherheit von ISAF-Kräften erforderlich ist. Die Aufklärungsflugzeuge sollen nicht zur Luftnahunterstützung („Close Air Support“) eingesetzt werden.

Afghanische Sicherheitsdienste

Die im Afghanistan-Pakt enthaltene Entwicklungsstrategie (I-ANDS) sieht bis 2010 den Aufbau der Armee (Afghan National Army/ ANA) zu einer Stärke von 70.000 Soldaten und der Polizei (ANP) von 62.000 Beamten vor. Die Regierung hat versprochen, bis Ende 2007 alle illegalen bewaffneten Gruppen aufzulösen. Der bisherige Aufbau der Armee hat in letzter Zeit größere Fortschritte erzielt. Die anfänglich hohe Desertierungsrate ist deutlich gesunken. Sowohl im Kampf gegen den Terror als auch bei den jüngsten Demonstrationseinsätzen halten sich die ANA-Einheiten von derzeit 25.000 Mann besser als erwartet.

Derzeit wird die ANA ausschließlich von ausländischen Geldgebern finanziert. Auch langfristig wird die geplante Armee von 70.000 vom afghanischen Staat nicht finanzierbar sein.

Die veränderte Sicherheitslage erfordert eine Verstärkung des deutschen Engagements bei der Ausbildung.

Vor dem Hintergrund der veränderten Sicherheitslage und des schnelleren Aufbaues afghanischer Sicherheitsstrukturen ist eine Verstärkung des deutschen Engagements bei der Ausbildung gefordert. Die Verbände stehen unter dem Druck des Kampfes gegen die Taliban im Süden und mit durch Ausbildungswie Ausrüstungsmängel verursachte umfangreiche Verluste.

Nachbar Pakistan

Das Verhältnis zu Pakistan ist von tiefem Misstrauen geprägt. Pakistan spielt als Rückzugs-, Ausbildungs- und Versorgungsraum der Taliban eine wichtige Rolle. Damit kommt Pakistan eine Schlüsselrolle für die weitere Entwicklung Afghanistans zu. In den Grenzregionen befinden sich große paschtunische Siedlungs- und Flüchtlingsgebiete, in denen Ruhe herrscht, entweder weil sich die Regierung Pakistans dort nicht einmischt oder weil durch sie informelle Führer, wie die sogenannten Ältesten, finanziell gestützt werden. Pakistan hat, wie auch der Iran, großes Interesse, die hohe Zahl von afghanischen Flüchtlingen wieder in ihre Heimat zu schicken. Dies trifft auch die Nordregion Afghanistans weitgehend unvorbereitet, kann aber unter Beteiligung örtlicher Stammesautoritäten über Entwicklungsprogramme abgedefert werden.

Der hochrangige Dialog zwischen beiden Ländern (z. B. auf Außenministerebene am 30. Mai 2007 während des G8-Außenministertreffens in Potsdam) hat bisher das Verhältnis zwischen beiden Staaten nicht substantiell verbessert. Auch das vom 9. bis 12. August 2007 in Kabul durchgeführte gemeinsame Vorhaben einer „Friedens-Jirga“ zeigte dies deutlich. Die kurzfristige Absage des pakistanischen Staatspräsidenten Pervez Musharraf vor der Eröffnung war unverständlich. Vor allem die Afghaninnen und Afghanen unter den rund 650 Teilnehmerinnen und Teilnehmern argumentierten, solange eine öffentliche Verpflichtung seitens der pakistanischen Führung fehle, sei eine engere Zusammenarbeit in der Terrorbekämpfung nicht möglich. Mit seiner Teilnahme und in seiner Rede am Schlußtag löste

Pakistan und Afghanistan verpflichten sich zu einer verstärkten Bekämpfung des Terrorismus.

Pakistans Staatschef diese Forderung zumindest formal ein. Der Ansatz der Friedens-Jirga, lokale Stammesstrukturen grenzüberschreitend stärker als bisher auch zur Friedenssicherung in der Region zu nutzen, ist trotz aller Schwierigkeit beim Zustandekommen und der Durchführung positiv zu bewerten. Die konkrete Umsetzung der Beschlüsse bleibt aber abzuwarten.

Zu begrüßen ist, dass Afghanistan und Pakistan bereits in Potsdam ankündigten, gemeinsam die Bekämpfung aller Formen von Extremismus und Terrorismus anzugehen, einschließlich der dazu gehörenden Finanz-, Ausbildungs- und Ideologiezentren. Die Friedens-Jirga im August in Kabul bestätigte dies mit der verabschiedeten gemeinsamen Erklärung, in der sie sich zu einer ver-

stärkten Bekämpfung des Terrorismus verpflichtete. Dies betrifft namentlich die Entfernung und das künftige Verbot von Ausbildungslagern der Taliban und von Al-Qaida. Es wurde auch ein afghanisch-pakistanischer Rat für gegenseitige Zusammenarbeit ins Leben gerufen, der dafür sorgen soll, dass die Zusammenarbeit besser koordiniert wird. Beide Regierungen wurden ferner auch aufgefordert, dem Gespräch mit den Taliban nicht aus dem Weg zu gehen.

Der Druck der internationalen Gemeinschaft auf Pakistan, seine Verpflichtungen bei der Terrorismusbekämpfung einzuhalten, darf dabei nicht nachlassen. Auch Afghanistan muss weiter zur verstärkten Zusammenarbeit mit Pakistan angehalten werden.

Nachbar Iran

Iran muss in eine regionale Strategie mit einbezogen werden.

Der Iran ist für Afghanistan ebenfalls ein wichtiger Nachbar. Der andauernde Konflikt Irans mit dem Westen macht ihn allerdings zu einem schwierigen Partner. Trotzdem muss der Iran in eine regionale Strategie mit einbezogen werden. Dies ist insbesondere in Hinblick auf eine gemeinsame Lösung des Flüchtlingsproblems nötig. Im Iran leben etwa eine Million legale und annähernd so viele illegale Flüchtlinge aus Afghanistan. Seit April werden die illegalen Flüchtlinge massiv zurückgeführt, bislang ca. 100.000 Menschen innerhalb von sechs Wochen. In den Herkunftsregionen gibt es für sie jedoch weder Unterkunft noch Aussicht auf Arbeit. Mit ihrem Eintreffen wird sich zum einen die Situation in den wenigen Städten Afghanistans verschlechtern. Zum anderen sind die Rückkehrenden eine leichte ideologische Beute für die Taliban. Um diesem entgegenzuwirken ist die Flüchtlingsrückführung aus dem Iran verstärkt durch Projekte der internationalen Gemeinschaft zu begleiten, die den Rückkehrenden eine legale Lebens- und Existenzgrundlage in Afghanistan ermöglichen.

Forderungen für eine umfassende Konsolidierungsstrategie

Kernforderungen: Internationale Mandate

- Verlängerung des ISAF-Mandats auf der Basis des Afghan Compact
- Schwerpunktsetzung im politischen und zivilen Teil
- Umsetzung des angekündigten Strategiewechsels der Geberstaaten vom NATO-Gipfel in Riga (November 2006)
- Kritische Überprüfung eines weiteren Vorratsbeschlusses für die Teilkomponente KSK im OEF-Mandat (unter Berücksichtigung der Sicherheit der Soldaten, von Bündnisauswirkungen, Verfassungsgerichtsurteil zum Tornadoeinsatz und Konsequenzen für den ISAF-Einsatz)
- Auswertung der Tornadoeinsätze
- Stärkere Berücksichtigung der kulturellen Sensibilität bei Militäreinsätzen, unbedingte Vermeidung ziviler Opfer

Nation Building und Entwicklung

Erweiterung des PRT-Konzeptes

- Ausweitung der Provincial Reconstruction Teams (PRTs) auf alle Provinzen als sichere Anlaufstelle („save haven“) und Stärkung der PRTs durch ressortübergreifende Koordination
- Ergänzung der PRTs durch Provincial Advisory Teams (PATs) als ständige Ansprechpartner und Ratgeber für Lokalpolitiker
- Verlängerung und Flexibilisierung der Einsatzzeiten des militärischen Funktionspersonals zur besseren Kontaktpflege mit der Bevölkerung und Entscheidungsträgern
- verstärkte Zusammenarbeit mit informellen Führern und den Provinzräten zur kurzfristigen Verbesserung der Sicherheitslage
- Schaffung von lokalen Arbeitsplätzen bei Infrastrukturmaßnahmen in Abstimmung mit lokalen Autoritäten

Afghanische Eigenverantwortung stärken

- Einforderung eines konsequenteren Vorgehens der afghanischen Regierung gegen Korruption, Nepotismus und Drogenhandel
- Verbesserung der Entwicklungskoordination mit größerer Eigenverantwortung der afghanischen Seite
- Rückschritten entgegenwirken, die wesentliche demokratische Errungenschaften wieder in Frage stellen

Ziviler Aufbau

- Bereitstellung ausreichender personeller Ressourcen für schnelle, flexible und ressortübergreifende Entscheidungen vor Ort (Stab in Kabul)
- Grundsätzliche Überprüfung der Finanzmittel für den zivilen Ausbau und Anpassung an die Herausforderungen
- Stärkere Zweckbindung und Regionalisierung bei der Mittelvergabe
- Zusätzliches ziviles Engagement im Süden/Südosten

- Schaffung entwicklungspolitischer „Leuchtturmprojekte“ zur Vertrauensbildung zum Beispiel im Bildungsbereich oder im Gesundheitswesen
- Stärkere Einbindung der in Deutschland lebenden Afghaninnen und Afghanen mit Sicherstellung des Rückkehrrechts nach Deutschland

Stärkung des Rechtsstaats

- Einführung eines flächendeckenden Rechtsberatungssystems, Ausbau der Polizeistationen im ganzen Land
- Systematische Qualifizierung von Gerichten und Staatsanwaltschaft
- Stärkung der staatlichen Strukturen auf Provinzebene. Hierzu sind u.a. folgende Maßnahmen zu ergreifen: Verbesserung der personellen und finanziellen Ausstattung, bessere Anbindung an die Zentralregierung sowie Verbesserung der Information der Bevölkerung über Gesetze und Verfassung

Beteiligung und Förderung von Frauen

- stärkere Finanzierung von Frauenprojekten
- Berücksichtigung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und kultursensible Herangehensweise bei der Entwicklung von Frauenprojekten
- Ausbau von Regeldiensten (Beratungseinrichtungen, Frauenhäuser)
- Schutzmaßnahmen für Frauen in öffentlichen Positionen
- verbesserter Schutz vor häuslicher Gewalt
- verbesserter Schutz

Drogenbekämpfung

- Komplexität der Drogenökonomie erfordert umfassendes, strategisch wirksames entwicklungspolitisches Vorgehen
- Stärkere strafrechtliche Verfolgung von Hauptakteuren des Drogengeschäfts auch innerhalb der politischen Strukturen (einschließlich Warlords)
- Keine chemische Bekämpfung des Mohnanbaus

- Schaffung legaler Einkommensquellen auf Basis eines umfassenden Ansatzes (Infrastruktur, Bildung, Gesundheit, Beschäftigungsförderung, gute Regierungsführung)
 - Besondere Unterstützung von Provinzen ohne Drogenanbau
 - Einbeziehung der Nachbarstaaten
-

Deutschlands Beitrag: Polizeiaufbau

- Konsequente Qualifizierung und Ausbildung von Polizei und Armee unter dem Schutz von ISAF
 - Ausweitung des Programms zur Ausbildung der Polizei
 - Verbesserung der Einsatzbedingungen für teilnehmende deutsche Polizeibeamte
 - Bessere Vernetzung der Polizeiausbildung von europäischer und US-amerikanischer Seite; d. h.:
 - Qualitative Verbesserung auf Seiten der USA
 - Quantitative Verbesserung auf deutscher Seite
 - Stärkere Integration von Frauen in die Polizei
 - Sicherstellung angemessener Ausrüstung und Bezahlung von Polizei und Armee
-

Regionale Einbindung

- Verstärkte Zusammenarbeit mit Pakistan
 - Grenzproblematik
 - Pakistanische Verpflichtungen bei der Terrorbekämpfung
 - Kontrolle des Geheimdienstes, ggf. personelle Konsequenzen
 - Kontrolle islamistischer Koranschulen
 - Stärkung der demokratischen Kräfte und Parteien in Pakistan
 - Unterstützung der pakistanischen Regierung bei der Flüchtlingsbekämpfung
 - Einbeziehung des Iran in eine regionale Strategie zur Lösung des Flüchtlingsproblems
-

Deutscher Bundestag

- Gründung einer Deutsch-Afghanischen Parlamentariergruppe
-

Fortschrittsbericht zu den Forderungen der Task Force Afghanistan

Ziel war und ist es, das bisherige Engagement Deutschlands zu bewerten, die aktuelle Entwicklung in Afghanistan zu verfolgen sowie einzelne Aspekte detailliert zu untersuchen.

Im Oktober 2006 hat sich die Task Force Afghanistan als Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion konstituiert. Dabei wurden Mitglieder der Ausschüsse Außen, Innen, Menschenrechte, Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Verteidigung einbezogen. Ziel war und ist es, das bisherige Engagement Deutschlands zu bewerten, die aktuelle Entwicklung in Afghanistan zu verfolgen sowie einzelne Aspekte detailliert zu untersuchen. Im Oktober 2007 hat die Task Force Afghanistan den Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion einen Bericht vorgelegt, der anschließend veröffentlicht und in mehrere Sprachen übersetzt wurde. Dieser Bericht enthielt Forderungen, die wir mit dem vorliegenden Fortschrittsbericht überprüfen und

gegebenenfalls den aktuellen Entwicklungen anpassen wollen.

Der Wiederaufbau in Afghanistan ist vorangekommen, mühsam quälend langsam und nicht ausreichend, gemessen an den Erwartungen der Menschen in Afghanistan und den Hoffnungen, die auch wir zu Beginn unseres Engagements hatten. Die internationale Gemeinschaft bleibt insgesamt unter ihren Möglichkeiten. Zwar war die Paris-Konferenz im Juni 2008 ein wichtiger Schritt in Richtung Zusammenarbeit, dennoch sind viele Probleme nach wie vor nicht behoben: Synergieeffekte werden zu wenig genutzt, Kooperation und Koordination gelingen nur unvollständig, es fehlen verbindliche Absprachen, es gibt

keine realistische Planung mit Blick auf Ressourcen oder Zeitpläne und erst recht keine Diskussion über die Konsequenzen, falls einer der Hauptakteure, wie die Niederlande im Laufe des Jahres 2010 oder Kanada im Jahr 2011, ihr Engagement vorzeitig beenden.

Wir stehen in Afghanistan vor Herausforderungen, die sich so für uns noch nie gestellt haben und die besondere Lösungen und Instrumente erfordern. Entwicklungszusammenarbeit allein kann diese Herausforderungen nicht bewältigen. Sie muss eingebunden sein in einen intensiven Prozess, in dem sich sowohl die Ressorts als auch die internationalen Partner eng miteinander abstimmen. Vor diesem Hintergrund bleibt die Bundesregierung gefordert, ihr Engagement noch effektiver zu gestalten. Die Wiederherstellung der gesamten materiellen und intellektuellen Infrastruktur ist notwendig, um Afghanistan wieder auf einen selbstständigen Weg zu bringen.

Die Sicherheitslage hat sich 2007 und 2008 in einigen Landesteilen verschlechtert. Vor allem im Süden des Landes sieht sich die internationale Gemeinschaft gemeinsam mit den afghanischen Partnern mit erheblichen Sicherheitsproblemen konfrontiert, die den Wiederaufbau zum Teil erheblich erschweren. Dabei geht die Bedrohung der Sicherheit nicht nur von den verschiedenen Gruppen der Taliban, sondern auch von kriminellen militanten Oppositionsgruppen und kriminellen Banden aus. Massive (zukünftige) Probleme der inneren Sicherheit haben ihre Ursachen in der demographischen Struktur, der nach wie vor desolaten Wirtschafts- und Versorgungslage und in den katastrophalen Folgen der Zerstörung. 50 Prozent der afghanischen Bevölkerung ist unter 18 Jahre alt. Was passiert mit Millionen von Jugendlichen, die ohne Arbeit sind? Wer schafft Arbeitsplätze? Das Land ist zu 90 Prozent entforstet und von Bodenerosionen, Dürre und lokalem Klimawandel bedroht. Aber nicht nur in den ländlichen Regionen, auch in Kabul, ist nach wie vor die Basisversorgung (Energie, Wasser, Entsorgung) erst im Entstehen – und das in einer Stadt, die binnen weniger Jahre von 600 000 auf ca. 4 Millionen Einwohner gewachsen ist, mit verheerenden Folgen für die Umwelt.

Der eigentliche Schlüssel für eine friedliche Zukunft liegt vor dem Hintergrund der immensen Herausforderungen im zivilen Wiederaufbau. Es darf bei allen Problemen nicht vergessen werden: Afghanistan hat durchaus Potenzial. Beispiel Energieversorgung: nach Einschätzung von Experten könnte Afghanistan aufgrund seiner geographischen Voraussetzungen durch den Bau von Wasserkraftwerken genügend Energie produzieren, um sich selbst zu versorgen und darüber hinaus Energie zu exportieren.

Dass sich das Konzept der vernetzten Sicherheit nun auch unter der neuen amerikanischen Administration durchzusetzen scheint, ist ein ermutigendes Zeichen. Aufgrund der Komplexität der Aufgaben wird Afghanistan für eine lange Zeit auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sein. Wir bekräftigen unser Interesse an

Wir stehen in Afghanistan vor Herausforderungen, die sich so für uns noch nie gestellt haben und die besondere Lösungen und Instrumente erfordern.

einer Stabilisierung Afghanistans; Afghanistan darf nie wieder zum Hort für den internationalen Terrorismus werden, wie dies vor 2001 der Fall war.

Viele unserer Positionen sind von der Bundesregierung unterstützt und weiterverfolgt worden. Dazu gehören u. a. die Schwerpunktsetzung im zivilen Bereich, die Verstärkung des Polizeiaufbaus sowie die Stärkung des ISAF-Mandats. Wir verschließen aber auch nicht die Augen vor denjenigen Problemen, bei denen aus unserer Sicht noch Verbesserungsbedarf besteht.

Durch die Gründung eines interfraktionellen deutsch-afghanischen Freundschaftskreises haben wir von Seiten der Parlamentarier und Parlamentarierinnen dazu beigetragen, die Kontakte zu den Parlamentskolleginnen und -kollegen in Afghanistan auszubauen und zu intensivieren. Wir nehmen den großen Zuspruch, den wir als Task Force Afghanistan in den letzten zwei Jahren von vielen Seiten erfahren haben, als Auftrag, auch weiterhin unser gemeinsames Engagement für Afghanistan kritisch zu begleiten und Afghanistan dabei zu helfen, einen eigenen Weg in eine friedliche Zukunft zu gehen.

Detlef Dzembritzki im April 2009

Staatsbildung und Entwicklung

Unsere Kernforderung: Schwerpunktsetzung im zivilen und politischen Teil der Mandate

Die Task Force Afghanistan der SPD-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung 2007 aufgefordert, den Schwerpunkt ihres Engagements deutlich auf den zivilen Aufbau zu legen. Zur Befriedung insbesondere der umkämpften Landesteile Afghanistans sollte eine umfassende politische Initiative der internationalen Gebergemeinschaft beitragen. Der angekündigte Strategiewechsel der Geberstaaten vom NATO-Gipfel in Riga 2006 sollte durch Deutschland vorangebracht werden. Die bisherige Bilanz:

- Deutschland ist in Afghanistan zugunsten der ISAF-Mission aus der militärischen Operation Enduring Freedom (OEF) ausgestiegen. Der Anteil deutscher Soldatinnen und Soldaten an der internationalen Schutztruppe ISAF kann im Gegenzug auf bis zu 4500 Frauen und Männer steigen. Diese zusätzlichen Soldatinnen und Soldaten sollen für Flexibilität, mehr Präsenz in der Fläche sorgen und zur verstärkten Ausbildung der afghanischen Armee beitragen.
- Das deutsche PRT-Konzept wurde im deutschen Verantwortungsbereich erweitert. Sogenannte Provincial Advisory Teams (PATs) wurden eingerichtet, um auch für die afghanischen Lokalpolitikerinnen und Lokalpolitiker Anlaufstellen zu schaffen und dadurch das Umfeld auszubauen, in dem Stabilisierung und Entwicklung stattfinden können.

Deutschland ist in Afghanistan zugunsten der ISAF-Mission aus der militärischen Operation Enduring Freedom (OEF) ausgestiegen.

Die Mittel für den zivilen Aufbau wurden von jährlich 80 Millionen Euro auf insgesamt 140 Millionen Euro aufgestockt.

- Die Mittel für den zivilen Aufbau wurden von jährlich 80 Millionen Euro auf insgesamt 140 Millionen Euro aufgestockt. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat für 2007 und 2008 jeweils 70 Millionen Euro zugesagt. Die anderen 70 Millionen Euro werden überwiegend vom AA bewirtschaftet. In 2008 erhöht sich der deutsche Beitrag aufgrund einer Sonderzusage auf insgesamt 170,7 Millionen Euro. Die bilaterale Gesamtzusage der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Mittel des Auswärtigen Amts beträgt für die Jahre 2002 bis 2010 mehr als 1,1 Milliarden Euro.
- Das Engagement in den deutschen Schwerpunktsektoren Infrastruktur, Grundbildung und Wirtschaftsförderung wurde verstärkt. Insbesondere im Bereich der Förderung von Existenzgründungen, der Belebung von Wirtschaftskreisläufen und der Stärkung von kleineren und mittleren Unternehmen wurden neue Anstrengungen unternommen. Der Ausbau lokaler Selbstverwaltungsstrukturen und die Förderung der Rechtsstaatlichkeit sind weitere wichtige Vorhaben, die von der deutschen Bundesregierung unterstützt werden.
- Die Bundesregierung hat die Umsetzung des Strategiewechsels der NATO immer wieder zum Thema gemacht. Die Bereitschaft innerhalb der NATO zum „comprehensive approach“ ist vorhanden, aber es fehlt eine verbindliche Definition. Auch die Konferenz im Juni 2008 in Paris (Folgekonferenz des Afghanistan Compact in London 2006) konnte in dieser Frage nicht den erhofften Klärungsprozess erzielen. An dieser Stelle besteht nach wie vor großer Handlungsbedarf.

Unsere Forderung: Erweiterung des PRT-Konzeptes

Die Task Force Afghanistan der SPD-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung 2007 aufgefordert, das zivilmilitärische Engagement in der ISAF-Region Nord weiter auszufächern. Provinzen ohne PRT-Standort sollten durch sogenannte „Provincial Advisory Teams“ (PATs) zumindest eine kleine sichtbare Präsenz erhalten. Insgesamt sollte eine stufenweise Ausweitung der

PRTs auf alle afghanischen Provinzen – zunächst im deutschen Verantwortungsbereich – erfolgen. Längere und wenn nötig flexiblere Einsatzzeiten des militärischen Personals sollten zur besseren Kontaktpflege und Vertrauensbildung in der Bevölkerung beitragen und eine engere Zusammenarbeit auch mit informellen Führern ermöglichen. Die bisherige Bilanz:

- Die Bundesregierung hat unsere Forderung aufgegriffen und plant für die Provinzen der Nordregion, die nicht über ein PRT verfügen, ergänzend regionale

Berater teams (PATs) aufzustellen. Den Anfang dieser Präsenz in der Fläche stellt seit Anfang 2008 das PAT in Taloqan in der Provinz Takhar dar.

- Die Anzahl der PRT-Standorte im deutschen Verantwortungsbereich ist nicht erhöht worden. Nach wie vor stehen in insgesamt neun Provinzen 5 PRTs zur Verfügung, zwei davon unter deutscher Führung. Diese Situation ist unbefriedigend.
- In der Frage längerer und flexiblerer Einsatzzeiten des militärischen Führungspersonals zur besseren Kontaktpflege mit der Bevölkerung und Entscheidungsträgern, konnten keine Fortschritte erzielt werden. Gleichwohl wird das Problem von den Verantwortlichen ernst genommen und es wird weiterhin nach Lösungen gesucht.
- Nach unseren Informationen ist auch die Zahl der PRTs insgesamt nicht erhöht worden. Zurzeit existieren 26 PRTs (2 USA, 2 D, je 1 Neuseeland, Türkei, Kanada, GB, NL, Italien, Spanien, Litauen, Ungarn, Schweden, Tschechische Republik).
- Aus Sicht der Task Force Afghanistan ist es notwendig, sowohl die Arbeit der PRTs als auch der PATs regelmäßig zu evaluieren.

Unsere Forderung: Afghanische Eigenverantwortung stärken

Die Task Force Afghanistan der SPD-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung 2007 aufgefordert, gegenüber der afghanischen Regierung ein konsequenteres Vorgehen gegen Korruption, Nespotismus und Drogenhandel einzufordern. Bei der Koordinierung der Hilfen

für Afghanistan sollte die afghanische Regierung stärker in die Verantwortung genommen werden. Die Bundesregierung sollte Entwicklungen entgegenwirken, die den Schutz der Menschenrechte und den Aufbau demokratischer Strukturen gefährden. Die bisherige Bilanz:

- Korruption und Vetternwirtschaft sowie schwache staatliche Institutionen zählen nach wie vor zu den größten Entwicklungshemmnissen in Afghanistan. Insbesondere im Kampf gegen die Korruption bleibt die afghanische Regierung hinter den Erwartungen der internationalen Gemeinschaft zurück. Der deutsche Außenminister, Frank-Walter Steinmeier, hat diesbezüglich auf der Geberkonferenz in Paris 2008 sehr deutliche Worte an die afghanische Regierung gerichtet. In ihrem aktualisierten Afghanistan-Konzept vom September 2008 formuliert die Bundesregierung konkrete Erwartungen gegenüber der afghanischen Regierung.
- Die Menschenrechtssituation in Afghanistan ist nach wie vor unbefriedigend; zwischen Verfassung und Realität bestehen riesige Diskrepanzen, insbesondere

Korruption und Vetternwirtschaft sowie schwache staatliche Institutionen zählen nach wie vor zu den größten Entwicklungshemmnissen in Afghanistan.

sind Frauen betroffen, aber auch Pressefreiheit sowie Verfassungsrechte der Bürgerinnen und Bürger sind bisher nicht einklagbar (gravierende Einzelfälle: Journalist Sayed Perwez Kambasch oder die Ermordung des deutsch-afghanischen Bürgers Dadshani)

Sowohl die engere Koordinierung der Hilfen mit der afghanischen Regierung als auch eine verbesserte strategische Abstimmung der Geber und Organisationen untereinander bleiben wichtige Voraussetzungen, um beim Aufbau des Landes weitere Fortschritte zu erzielen.

- Auf afghanischer Seite ist das Bewusstsein für die eigene Verantwortung beim Aufbau des Landes gestiegen. Auf der Geberkonferenz in Paris hat Afghanistan eine Nationale Entwicklungsstrategie (ANDS) vorgelegt. Diese Strategie stellt neben dem Afghan Compact von 2006 das zentrale Dokument dar, auf das sich die weiteren Aufbaumühnungen in Afghanistan beziehen. Sowohl die engere Koordinierung der Hilfen mit der afghanischen Regierung als auch eine verbesserte strategische Abstimmung der Geber und Organisationen untereinander bleiben wichtige Voraussetzungen, um beim Aufbau des Landes weitere Fortschritte zu erzielen.
- Die Umsetzung der ANDS erfordert den Aufbau neuer Strukturen und Kapazitäten, auf interministerieller und auch auf subnationaler Ebene. Die Strategien der Geber müssen mit den Zielen der ANDS übereingebacht werden. Diesen Prozess muss die deutsche Bundesregierung mit großem Nachdruck begleiten.

Unsere Forderung: Ziviler Aufbau

Die Task Force Afghanistan der SPD-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung 2007 aufgefordert, das Verhältnis von militärischen und entwicklungspolitischen Beiträgen in Afghanistan ausgewogener zu gestalten. Die Mittel für den zivilen Aufbau sollten überprüft und gegebenenfalls den veränderten Anforderungen angepasst werden. Im Interesse der Effizienz sollten bereitgestellte Mittel stärker zweckgebunden und auf regionaler Ebene eingesetzt werden. Deutschland sollte sich nach Möglichkeit auch im Süden und Südosten Afghanistans

am zivilen Aufbau des Landes beteiligen. „Leuchtturmprojekte“ sollten in der Bevölkerung Vertrauen schaffen und die Friedensdividende sichtbar machen. Vor Ort in Kabul sollte die Koordination der deutschen bi- und multilateralen Beiträge durch verstärkte personelle Ressourcen verbessert werden. In Deutschland lebende Afghaninnen und Afghanen sollten durch ein Rückkehrrecht nach Deutschland dabei unterstützt werden, an den Wiederaufbaumaßnahmen in Afghanistan stärkeren Anteil zu nehmen. Die bisherige Bilanz:

- Die Mittel für den zivilen Aufbau wurden von jährlich 80 Millionen Euro auf insgesamt 140 Millionen Euro aufgestockt und schwerpunktmäßig vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dem Auswärtigen Amt, aber auch anderen Ministerien bewirtschaftet. 2008 erhöhte

sich der deutsche Beitrag aufgrund einer Sonderzusage des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auf insgesamt 170,7 Millionen Euro. Die bilaterale Gesamtzusage der Bundesrepublik Deutschland beträgt für die Jahre 2002 bis 2010 mehr als 1,1 Milliarden Euro. Die Berufung eines Sonderbeauftragten des Auswärtigen Amtes für Afghanistan wird begrüßt und Impulse für die ressortübergreifende aber vor allem multilaterale Zusammenarbeit erhofft.

- Vor dem Hintergrund drohender Versorgungsengpässe im Winter 08/09, hat die Bundesregierung Mitte November 2008 eine Task Force „Winterhilfe Afghanistan“ eingerichtet. Diese Task Force steht unter der Leitung des deutschen Botschafters in Kabul und soll die Bereitstellung von deutschen Hilfen koordinieren, um eine humanitäre Krise zu vermeiden.
- Im Norden Afghanistans hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zwischen September 2007 und September 2008 mehr als 300 Kleinmaßnahmen durchgeführt, die der Stärkung lokaler Selbstverwaltungsstrukturen und der Verbesserung der Basisinfrastruktur dienen sollen. Diese Maßnahmen wurden über Provinz- und Distriktentwicklungsfonds umgesetzt. Im einzelnen handelte es sich um Projekte zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität, zur Verbesserung der Wasserversorgung, zur Rehabilitierung von allgemeiner Infrastruktur und Schulen, zum Ausbau des Bürgerservices der lokalen Verwaltungen sowie der Beschäftigungsförderung. Diese Maßnahmen kommen nach Angaben des BMZ mehr als einer Million Menschen in den Provinzen Kunduz, Takhar und Badakhshan zugute.
- im Südosten Afghanistans unterstützt das BMZ insgesamt 80 Vorhaben in den Provinzen Paktia und Khost, die zur Verbesserung der Basisinfrastruktur, zur Qualifizierung von Kleinunternehmern, zur Stärkung der Zivilgesellschaft und der lokalen Regierungsstrukturen beitragen. Im Nordwesten des Landes sind weitere 60 Maßnahmen in Planung.
- Grundsätzlich wird von afghanischer Seite immer wieder die Bitte geäußert, weniger Berater/innen zugunsten mehr Ingenieure/innen bzw. Praktiker/innen nach Afghanistan zu entsenden. Diese Bitte erscheint nachvollziehbar und wird von der Task Force Afghanistan unterstützt.
- Die Bundesregierung hat im Berichtszeitraum 2007-2008 keine „Leuchtturmprojekte“ in Afghanistan initiiert, sondern stattdessen auf die Verstärkung der Durchführung von Kleinvorhaben gesetzt. Eine grundsätzliche Stellungnahme des BMZ zu dieser Entscheidung liegt der Task Force Afghanistan nicht vor. Einrichtungen wie das Technikum in Kandahar, das Krankenhaus in Mazar e Sharif oder der Wiederaufbau des Theaters in Kabul könnten durchaus zu Leuchtturmprojekten werden.

Die Berufung eines Sonderbeauftragten des Auswärtigen Amtes für Afghanistan wird begrüßt und Impulse für die ressortübergreifende aber vor allem multilaterale Zusammenarbeit erhofft.

- Die Koordination der deutschen Hilfen vor Ort ist nach wie vor unbefriedigend. Die personelle Situation des deutschen Mitarbeiterstabes in Kabul ist unverändert. Die Bundesregierung ist den Empfehlungen der Task Force Afghanistan, den Mitarbeiterstab zu erhöhen, nicht gefolgt. An dieser Stelle würde sich ein Vergleich mit der Vorgehensweise anderer Länder lohnen, beispielsweise Großbritannien, das die Zuständigkeiten vor Ort anders organisiert. Die internationale Gemeinschaft hat sich auf der Geberkonferenz in Paris dafür ausgesprochen, durch mehr Kohärenz die Effektivität des zivilen Aufbaus zu erhöhen. Dieses Bekenntnis ist jedoch noch nicht hinreichend in konkrete Maßnahmen umgesetzt worden. Die Bundesregierung sollte sich daher mit Nachdruck für dieses Ziel einsetzen, vielleicht ist dies ein denkbare Betätigungsfeld des Sonderbeauftragten.
- Die Bundesregierung hat keine Anstrengungen unternommen, in Deutschland lebende Afghaninnen und Afghanen stärker in den Wiederaufbauprozess in Afghanistan einzubinden. Unsicherheiten bezüglich des Rückkehrrechtes nach Deutschland für diese Personengruppe wurden nicht beseitigt. Aus Sicht der Task Force Afghanistan besteht deshalb nach wie vor Handlungsbedarf in dieser Frage.

Unsere Forderung: Stärkung des Rechtsstaats

Die Task Force Afghanistan der SPD-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung 2007 aufgefordert, die Legitimität formeller juristischer Institutionen in Afghanistan zu stärken. Staatliche Strukturen in den Provinzen sollten gefestigt und enger an die Zentralregierung in

Kabul angebunden werden. Deutschland sollte sich dafür einsetzen, ein flächendeckendes Rechtsberatungssystem in Afghanistan sowie den Ausbau von Polizeistationen im Land einzuführen. Die bisherige Bilanz:

- Der Aufbau eines arbeitsfähigen Justizsystems bleibt eine Schlüsselvoraussetzung für Frieden und Entwicklung in Afghanistan. Laut Afghan Compact hat Italien als „Lead Donor“ die Federführung für den Aufbau der Justiz übernommen. Die bisherigen Fortschritte sind jedoch, ähnlich wie beim Aufbau der Polizei, weit hinter den Erwartungen zurück geblieben. Aus Sicht der Task Force ist es dringend erforderlich, auf EU-Ebene und auf Ebene der internationalen Gemeinschaft in einen Dialog einzutreten und einen gemeinsamen Lösungsansatz zu finden.
- Deutschland hat einen Beitrag von insgesamt 20 Millionen Euro zum Afghanistan Reconstruction Trust Fund geleistet (ARTF), aus dem im Berichtszeitraum 2007-2008 auch landesweite Maßnahmen zur Finanzierung der Gehälter von Richterinnen und der Weiterbildung von 92 weiblichen Ministerialangestellten finanziert wurden.

Der Aufbau eines arbeitsfähigen Justizsystems bleibt eine Schlüsselvoraussetzung für Frieden und Entwicklung in Afghanistan.

- Die Bundesregierung hat Afghanistan bei der Fertigstellung und Implementierung des Nationalen Plans zur Justizreform unterstützt. Die Koordinierung der Strafverfolgungsorgane wurde durch die Einrichtung einer gemeinsamen Kommission von Polizei und Staatsanwaltschaft verbessert. Für die Ausbildung von rund 460 Polizistinnen und Polizisten ist die Erstellung eines Handbuchs zu rechtsstaatlichen Grundlagen gefördert worden. Durch die Unterstützung einer islamischen Polizistinnenkonferenz mit rund 100 Teilnehmerinnen, konnte die Situation von Frauen im Polizeiberuf verbessert werden. Streitschlichtung sowie Rechtsbeistand für Frauen in rund 240 Fällen konnten ebenfalls geleistet werden.

Unsere Forderung: Beteiligung und Förderung von Frauen

Die Task Force Afghanistan hat die Bundesregierung 2007 aufgefordert, mehr Mittel für die Beteiligung und Förderung von Frauen in Afghanistan bereit zu stellen. Bei einzelnen Vorhaben sollten die gesellschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen stärker berücksichtigt werden. Besonderes

Gewicht sollte auf den Ausbau von Regeldiensten (Beratungseinrichtungen, Frauenhäuser) gelegt werden. Schutzmaßnahmen für Frauen in öffentlichen Positionen sowie ein verbesserter Schutz vor häuslicher Gewalt waren weitere wichtige Forderungen.

Die Förderung und Beteiligung von Frauen in Afghanistan ist eine Querschnittsaufgabe. Frauenrechte sind Menschenrechte. Ihre Verwirklichung hängt eng mit der Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zusammen.

- Die Förderung und Beteiligung von Frauen in Afghanistan ist eine Querschnittsaufgabe. Frauenrechte sind Menschenrechte. Ihre Verwirklichung hängt eng mit der Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zusammen. Das deutsche Engagement basiert auf genderorientierten Strategien, die in allen Fördersektoren berücksichtigt werden. Die Bundesregierung hat im Berichtszeitraum 2007-2008 keine konkreten Angaben gemacht, in welchem Umfang die Mittel für die Förderung und Beteiligung von Frauen in Afghanistan erhöht wurden.
- Durch Investitionen in die Grundbildung und Berufsbildung hat die Bundesregierung zur Verbesserung der Situation von Frauen und Mädchen beigetragen. Gleiches gilt für die Unterstützung der Fertigstellung und Implementierung des Nationalen Plans zur Justizreform und für die verbesserte Koordinierung der afghanischen Strafverfolgungsorgane. Die Bundesregierung hat im Berichtszeitraum 2007-2008 keine konkreten Angaben gemacht, in welchem Umfang der Ausbau von Regeldiensten für Frauen verbessert werden konnte.
- Im Rahmen der ANDS hat die afghanische Regierung einen umfassenden National Action Plan for the Woman of Afghanistan (NAPWA) erstellt, dessen Umsetzung konkrete Verbesserungen in den Schwerpunktbereichen Sicherheit, Menschen-

rechtsschutz, politische Beteiligung, Wirtschaft, Gesundheit und Bildung zur Folge haben soll. Die deutsche Bundesregierung unterstützt die afghanische Regierung bei der Umsetzung dieses Plans.

- Die Bundesregierung hat im Berichtszeitraum 2007-2008 mit zahlreichen Maßnahmen zur Schaffung von Einkommen und Arbeitsplätzen sowie zur Belegung der Wirtschaftskreisläufe in Afghanistan beigetragen. Von diesen Maßnahmen profitieren auch Frauen. In Kabul konnte z. B. mit deutscher Unterstützung ein erstes Business Center für rund 30 Geschäftsfrauen eröffnet werden, weitere sollen nach diesem Vorbild entstehen.

Unsere Forderung: Drogenbekämpfung

Die Task Force Afghanistan hat die Bundesregierung 2007 aufgefordert, ein umfassendes, strategisch wirksames Konzept zur Bekämpfung der Drogenökonomie in Afghanistan zu unterstützen. Das Hauptaugenmerk sollte dabei auf der strafrechtlichen Verfolgung der Hauptakteure des Drogengeschäfts vor allem innerhalb der politischen Strukturen liegen. Eine chemische Bekämpfung

des Mohnanbaus, wie die USA sie in Erwägung gezogen haben, sollte auf keinen Fall stattfinden. Deutschland sollte sich auf der Basis eines umfassenden Ansatzes (Infrastruktur, Bildung, Gesundheit, Beschäftigungsförderung, gute Regierungsführung) für die Schaffung von legalen Einkommensquellen engagieren. Die bisherige Bilanz:

- Die Entwicklung der Drogenwirtschaft ist 2008 unverändert ein großes Problem geblieben. Als solches gefährdet sie sowohl den zivilen Wiederaufbau als auch die Sicherheitslage in Afghanistan erheblich. Nach Erfolgen bei der Eindämmung des Schlafmohnanbaus 2004 und 2005 hat die Anbaufläche 2006 und 2007 wieder stark zugenommen. Seit 2008 ist sie das erste Mal wieder rückläufig, insgesamt bewegt sie sich dennoch auf sehr hohem Niveau (laut UNDOC für 2008: 7.700 t). Im Norden allerdings ist die Anbaufläche 2008, wie auch schon im Vorjahr, signifikant zurückgegangen.
- Mangelnde Erfolge in der Bekämpfung des Drogenhandels hängen eng mit der Verstrickung von afghanischen Amts- und Funktionsträgern in das Opiumgeschäft zusammen. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass diese betroffenen Funktionsträger auf allen gesellschaftlichen Ebenen abgelöst werden. Ein Hoffnungsschimmer ergab sich durch die Ablösung des als korrupt eingeschätzten Innenministers Moqpal durch den bisherigen Bildungsminister Atmar. Die dringend notwendige Fortsetzung der Korruptionsbekämpfung durch die afghanische Regierung und die Stärkung des Justizsektors müssen mit diesem Engagement einhergehen.

Mangelnde Erfolge in der Bekämpfung des Drogenhandels hängen eng mit der Verstrickung von afghanischen Amts- und Funktionsträgern in das Opiumgeschäft zusammen.

- Die Bundesregierung hält die 2006 auf der Londoner Geberkonferenz beschlossene Drogenbekämpfungsstrategie für umfassend und ausreichend. Sie verweist auf die von Großbritannien und der afghanischen Regierung gemeinsam entwickelten Handlungsansätze und bekräftigt ihren Willen, diese auch weiterhin zu unterstützen.
- Im Rahmen ihrer Wiederaufbauaktivitäten versucht die Bundesregierung nach eigenen Angaben, bei der Schaffung von legalen Einkommensmöglichkeiten deutliche Akzente in den für den Schlafmohnanbau besonders anfälligen Regionen zu setzen.
- Unter deutscher Verantwortung wurde unter EUPOL mit dem Aufbau einer Anti-Drogen-Polizei begonnen.
- Deutschland plant auch in 2009, die Zusammenarbeit Afghanistans mit den zentralasiatischen Nachbarn zu unterstützen. Dies geschieht im Rahmen der EU-Zentralasienstrategie. Schwerpunkte liegen dabei auf dem Kampf gegen Drogen- und Waffenhandel (60 Prozent des in Afghanistan produzierten Opiums verlassen das Land über den Iran).

Unsere Forderung: Deutschlands Beitrag zum Polizeiaufbau

Die Task Force Afghanistan hat die Bundesregierung 2007 aufgefordert, die bereit gestellten Ressourcen und Kapazitäten für den Aufbau der afghanischen Polizei deutlich auszuweiten. Eine Verbesserung der Einsatzbedingungen für das deutsche Ausbildungspersonal sollte zur Vermeidung von Engpässen in der Personalausstattung beitragen. Die Konzepte der US-amerikanischen und der

europäischen Polizeiausbildung sollten besser aufeinander abgestimmt werden. Angemessene Ausrüstung und Bezahlung von afghanischen Sicherheitskräften sollten den Erfolg der Ausbildungsmission sichern. Die Bedingungen für die Ausbildung und Beschäftigung von Frauen sollten verbessert werden. Die bisherige Bilanz:

- Der Aufbau der Polizei in Afghanistan gehört seit 2002 zu den Schwerpunkten des deutschen Engagements. Rund 22.000 Polizistinnen und Polizisten mittlerer und höherer Dienstgrade konnten zwischen 2002 und 2007 unter deutscher Leitung aus- und fortgebildet werden. 2008 wurden weitere 2600 afghanische Polizistinnen und Polizisten durch deutsche Trainer qualifiziert. Trotz dieser Fortschritte tragen jedoch Korruption, mangelhafte Ausstattung, schlechte Bezahlung und fehlendes Ausbildungspersonal zu einer nach wie vor sehr unbefriedigenden

Die Task Force Afghanistan hat die Bundesregierung 2007 aufgefordert, die bereit gestellten Ressourcen und Kapazitäten für den Aufbau der afghanischen Polizei deutlich auszuweiten.

Situation bei. Große Schwierigkeiten bereitet auch die hohe Analphabetenquote unter den Auszubildenden.

- Im Vergleich zu den Vorjahren wurden die Mittel für den Polizeiaufbau in Afghanistan fast verdreifacht. Zur bilateralen Unterstützung wurden im Jahr 2008 insgesamt 35,7 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Sie dienten insbesondere auch der Durchführung großer Infrastrukturprojekte.
- Der Schwerpunkt des deutschen Beitrags lag 2008 auf der Qualifizierung von einfachen Polizistinnen und Polizisten in polizeilichen Grundfertigkeiten, in der Fortbildung von Angehörigen der robusten Einheiten der Bereitschaftspolizei ANCOP (Afghan National Civil Order Police) und den Spezialkräften QRF (Quick Reaction Force) der Grenzpolizei ABP (Afghan Border Police).
- Seit April 2007 unterstützt die Bundeswehr die Ausbildung der afghanischen Polizei in der Nordregion durch ein Feldjägerschulungskommando mit einer Gesamtstärke von 45 Soldaten. Die Ausbildungsunterstützung konzentriert sich auf die Themen „Eigensicherung“ und „polizeiliche Basisaufgaben“ und wird in Form von Kurzlehrgängen angeboten. Dabei wird individuell auf die Bedürfnisse der Verantwortlichen der afghanischen Polizei eingegangen.
- Seit Juni 2007 hat die europäische Polizeimission EUPOL AFG (European Police Mission Afghanistan) das Mandat, landesweit die Reform der afghanischen Polizei voranzutreiben. EUPOL verfügt über keine eigenen Projektmittel, sondern übernimmt die Aufgabe, strategische Ziele zu erarbeiten und daraus resultierende Handlungsschritte zu koordinieren. Die praktische Umsetzung der Maßnahmen erfolgt durch die Nationalstaaten. Deutschland hat sich dafür eingesetzt, dass die Ausbildungsaktivitäten auf europäischer Ebene intensiviert werden. Im Mai 2008 wurde eine Verdoppelung der bisherigen Personalstärke für 2009 beschlossen. Eine Erhöhung der Missionsstärke auf etwa 400 soll angestrebt werden. Mitte Dezember 2008 waren insgesamt 234 internationale Kolleginnen und Kollegen für die zivile EU-Polizeimission EUPOL tätig, davon 42 Deutsche.
- Zusätzlich zu den Ausbildungsmaßnahmen hat Deutschland die afghanische Polizei mit Ausstattungshilfen in Höhe von rund 5,6 Millionen Euro unterstützt. Im Einzelnen konnten z. B. Schutzausstattungen, Spurensicherungskoffer, Lehrmittel sowie Anoraks für den Winter oder auch Klimaheizgeräte für verschiedene Polizeistationen bereitgestellt werden.
- In Zusammenarbeit mit der GTZ konnten in 2008 mehrere große Bauprojekte speziell für den Polizeiaufbau verwirklicht werden. Der Neubau des „Deutschen Polizeitrainingszentrums in Mazar-e Sharif“ stand dabei im Mittelpunkt. Dieses Trainingszentrum wurde im Oktober 2008 eingeweiht und verfügt über die not-

Deutschland hat sich dafür eingesetzt, dass die Ausbildungsaktivitäten auf europäischer Ebene intensiviert werden. Im Mai 2008 wurde eine Verdoppelung der bisherigen Personalstärke für 2009 beschlossen.

wendige Kapazität für rund 200 Auszubildende. Weitere Polizeitrainingszentren sind für 2009 in Planung.

- Expertinnen und Experten halten trotz aller Bemühungen eine drastische Erhöhung der Ausbilder und Mentoren für notwendig, um in etwa fünf bis zehn Jahren das Ziel einer funktionierenden afghanischen Polizei zu erreichen. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass die Gehälter der afghanischen Polizistinnen und Polizisten auch nach einer bereits stattgefundenen Gehaltsreform unbedingt weiter steigen müssen. Andernfalls drohe der Aufbau der afghanischen Polizei auch an der „Abwanderung“ qualifizierter Polizistinnen und Polizisten zu privaten Sicherheitsfirmen zu scheitern. Anlass zur Sorge geben auch die hohen Verluste unter den afghanischen Sicherheitskräften. Seit Januar 2008 sind 700 Polizeikräfte getötet worden, im Jahr 2007 waren es 1000 Polizistinnen und Polizisten.
- Bei der besseren Abstimmung der verschiedenen Polizeiausbildungskonzepte konnten erste Fortschritte erzielt werden. Bis zu einem integrierten gemeinsamen Ansatz ist es jedoch noch ein weiter Weg. Die Task Force Afghanistan fordert in diesem Zusammenhang, dass sich die europäischen Partnerländer unter EUPOL stärker von ihren nationalen Polizeikonzepten lösen. Ansatzpunkt sollte ein gemeinsam erarbeitetes Polizeiausbildungskonzept sein, dass die Bedingungen vor Ort in Afghanistan in den Mittelpunkt stellt. Die grundsätzliche Bereitschaft zu einer Lösung wurde im Februar 2008 auf einer Sitzung des JCMB in Tokyo erklärt.
- Der Forderung der Task Force nach einer Annäherung der US-amerikanischen und der europäischen Ausbildungsmissionen ist in einigen Teilbereichen entsprochen worden. So hat z. B. das International Police Coordination Board in Kabul in der Zwischenzeit zunehmend seine Arbeit verstetigt. Den 14 EUPOL-Mitarbeitern steht aber bisher nur ein Vertreter von US-Seite gegenüber. Die deutsche Bundesregierung plant für 2009, sich am US-amerikanischen Ausbildungsprogramm „Focused District Development“ (FDD) zu beteiligen. Das FDD-Programm dehnt die Polizeireform auf Distriktebene aus und gliedert sich in drei Phasen (Evaluierung/ Training/ Nachbetreuung). Deutschland wird zu diesem Programm einen eigenständigen Beitrag im Norden Afghanistans leisten. Damit wird auch die Grundlage für eine Verzahnung von FDD mit der EUPOL-Mission gelegt. EUPOL beabsichtigt weiterhin, gemeinsam mit den USA ein Mentorenkonzept für das afghanische Innenministerium zu erarbeiten sowie für seine Führungskräfte eine verstärkte Beratung anzubieten.
- In der „Jahresbilanz 2008 zum deutschen Engagement beim Polizeiaufbau Afghanistan“, herausgegeben vom Bundesministerium des Innern und vom Auswärtigen Amt, werden keine Angaben zu den Ausbildungs- und Beschäftigungsbedingungen für Frauen im Polizeidienst gemacht. Die Task Force Afghanistan der SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung deshalb auf, diese fehlenden Informationen zur Verfügung zu stellen.

Bei der besseren Abstimmung der verschiedenen Polizeiausbildungskonzepte konnten erste Fortschritte erzielt werden. Bis zu einem integrierten gemeinsamen Ansatz ist es jedoch noch ein weiter Weg.

Die erbrachten Leistungen durch Polizistinnen und Polizisten aber auch der Feldjäger der Bundeswehr treffen auf hohe Anerkennung.

- Die erbrachten Leistungen durch Polizistinnen und Polizisten aber auch der Feldjäger der Bundeswehr treffen auf hohe Anerkennung. Nicht nachvollziehbar bleibt die offensichtlich fehlende Bereitschaft des Bundesministers und der Länderminister für eine optimale personelle Ausstattung zu sorgen. Es gibt Bundesländer, die sich bisher überhaupt noch nicht beteiligt haben, andererseits gibt es Signale von Länderinnenministern, die die Herausforderung erkannt und Unterstützung signalisiert haben. Offensichtlich fehlen aber die kontinuierliche Kooperation und Anreize innerhalb der dienstlichen Entwicklung für Polizistinnen und Polizisten, die sich dieser Aufgabe in Afghanistan stellen.

Internationale Mandate

Unsere Forderung: Verlängerung des ISAF-Mandats auf der Basis des Afghan Compact

Die Task Force Afghanistan der SPD-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung 2007 aufgefordert, das ISAF-Mandat auf der Basis des Afghan Compact zu verlängern und auszubauen. Mit Blick auf die Teilkomponente KSK im OEF-Mandat sollte eine kritische

Überprüfung stattfinden. Die Tornado-einsätze sollten ausgewertet und eine kulturell sensible Vorgehensweise bei Militäreinsätzen stärker berücksichtigt werden. Oberstes Gebot sollte die Vermeidung ziviler Opfer haben.

- Deutschland ist in Afghanistan zugunsten der ISAF-Mission aus der militärischen Operation Enduring Freedom (OEF) ausgestiegen. Der Anteil deutscher Soldatinnen und Soldaten an der internationalen Schutztruppe ISAF kann im Gegenzug auf bis zu 4500 Frauen und Männer steigen. Diese zusätzlichen Soldatinnen und Soldaten sollen für Flexibilität, mehr Präsenz in der Fläche und zu einer verbesserten Ausbildung der afghanischen Armee beitragen.
- ISAF sorgt für die militärische Absicherung des Wiederaufbaus. Der Wiederaufbau ist in einigen Landesteilen wegen der sich zum Teil verschlechternden Sicherheitslage in einer sehr schwierigen Phase. Das ISAF-Mandat ist robust ausgelegt und soll Stabilität und Sicherheit gewährleisten, solange, bis Armee und afghanische Polizei in der Lage sind, diese Aufgabe selbst zu übernehmen. Durch die Übernahme der Quick Reaction Force (QRF; dt.: Schnelle Eingreiftruppe) hat die Bundeswehr zudem im Norden weitere Verantwortung übernommen.

Das ISAF-Mandat ist robust ausgelegt und soll Stabilität und Sicherheit gewährleisten, solange, bis Armee und afghanische Polizei in der Lage sind, diese Aufgabe selbst zu übernehmen.

- Die kritische Überprüfung der Teilkomponente KSK ist vorangekommen. Sie ist nicht mehr Bestandteil des OEF-Mandats.

Nach Erkenntnissen der SPD-Bundestagsfraktion haben die Tornado-Einsätze dazu beigetragen, militärische Maßnahmen angemessener und präziser zu planen und das Risiko von zivilen Opfern zu verringern.

- Nach Erkenntnissen der SPD-Bundestagsfraktion haben die Tornado-Einsätze dazu beigetragen, militärische Maßnahmen angemessener und präziser zu planen und das Risiko von zivilen Opfern zu verringern. Dadurch kann ISAF stärker als vorher das Prinzip der Verhältnismäßigkeit anwenden. Der Schutz der Soldatinnen und Soldaten sowie der zivilen Helferinnen und Helfer wird durch die Überwachung verbessert, Anschläge der militanten Opposition können durch ein genaueres Lagebild besser verhindert werden. Die Bilder werden von der ISAF ausgewertet. Die Weitergabe an OEF wird restriktiv geregelt.
- Die Berücksichtigung der kulturellen Sensibilität bei Militäreinsätzen ist nach unseren Erkenntnissen deutlich gestiegen. Unsere Positionen sind innerhalb der NATO-Diskussion eingeflossen und waren auch Bestandteil der Paris-Konferenz. Eine militärische Neuausrichtung hat insofern stattgefunden, als die NATO mit ihrer auch auf deutsches Betreiben hin vorgenommenen tactical directive im Sommer 2007 für eine kluge, im Zweifel auch defensive Taktik gesorgt hat. So werden beispielsweise Verfolgungen abgebrochen, wenn Gefahr für Zivilisten droht.

Regionale Einbindung

Unsere Forderung: Iran und Pakistan in eine regionale Strategie einbeziehen

Die Task Force Afghanistan der SPD-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung 2007 aufgefordert, Iran und Pakistan stärker in die Bemühungen um die Stabilisierung Afghanistans einzubeziehen. Afghanistan kann nicht ohne seine Nachbarn betrachtet werden. Um langfristig eine friedliche Entwicklung und den Staatsaufbau zu fördern, ist es unabdingbar, dass Afghanistan, Pakistan und Iran gefestigte diplomatische Beziehungen zueinander aufbauen.

- Bereits 2007 haben Pakistan und Afghanistan beim G8- Außenministertreffen in Potsdam auf Vermittlung von Außenminister Steinmeier eine engere Zusammenarbeit beschlossen. Die Fronten verhärteten sich aber wieder. Die Einrichtung der sogenannten Tripartie-Kommission, in der Pakistan, Afghanistan und ISAF eine stärkere Zusammenarbeit vereinbart haben, eröffnet jedoch eine neue Perspektive.
- Trotz verstärkter Anstrengungen zwischen den beiden Ländern auf Regierungsebene ist die Talibanisierung in Pakistan in den vergangenen Monaten weiter voran geschritten. Bei vielen Beobachtern gilt es als wahrscheinlich, dass auch Teile des pakistanischen Geheimdienstes ISI und des Militärs afghanische Taliban unterstützen. Diese Kräfte hoffen auf einen Abzug der internationalen Truppen und sehen in den Taliban einen Verbündeten für einen möglichen Konflikt mit Indien (Kashmir). Die Stimmung in Pakistan gegenüber den USA ist bestenfalls

Trotz verstärkter Anstrengungen zwischen den beiden Ländern auf Regierungsebene ist die Talibanisierung in Pakistan in den vergangenen Monaten weiter voran geschritten.

Die Forderung der Task Force, Iran in eine regionale Strategie mit einzubeziehen, bleibt in vollem Maße aufrecht erhalten. Ohne den Iran wird es keine Verständigung in der Region geben.

reserviert, häufig auch feindselig. Die Situation im Grenzgebiet zwischen Afghanistan und Pakistan ist besorgniserregend. Etwa 200 000 Pakistani sind aus diesen Gebieten in das Landesinnere geflohen, zusätzlich leben etwa 2,2 Mio afghanische Flüchtlinge in Pakistan (allein 700 000 in Karatschi).

- Die internationale Gemeinschaft muss von Pakistan auch weiterhin harte Anstrengungen im Kampf gegen den Terrorismus verlangen, aber Pakistan auch stabilisieren helfen. Nur ein stabiles Pakistan kann ein guter Nachbar für Afghanistan sein. Dafür müssen auch die regionalen Player Indien und China miteinbezogen werden.
- Die Forderung der Task Force, Iran in eine regionale Strategie mit einzubeziehen, bleibt in vollem Maße aufrecht erhalten. Ohne den Iran wird es keine Verständigung in der Region geben. Positiv lässt sich die Mitgliedschaft Irans in der internationalen Afghanistan-Konferenz werten. Iran hat dadurch Interesse gezeigt, an Lösungsstrategien mitzuarbeiten. Auch die Signale der neuen US-Administration lassen auf mehr konstruktiven Pragmatismus im Verhältnis USA-Iran hoffen.

Unsere Forderung: Gründung einer Deutsch-Afghanischen Parlamentariergruppe

Die Task Force Afghanistan der SPD-Bundestagsfraktion hat 2007 die Gründung einer deutsch-afghanischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag gefordert.

- Die Bundestagsverwaltung hat diese Forderung unter Verweis auf die bestehende deutsch-südasiatische Parlamentariergruppe abgelehnt. Mit der Gründung eines deutsch-afghanischen Freundeskreises innerhalb der bestehenden deutsch-südasiatischen Parlamentariergruppe wird derzeit ein Weg beschritten, der Kontakte zwischen deutschen und afghanischen Abgeordneten intensiviert. Mehrere erfolgreiche Treffen hierzu haben bereits stattgefunden.

Mitglieder der Task Force Afghanistan

Detlef Dzembitzki, MdB
 Angelika Graf, MdB
 Rolf Kramer, MdB
 Christel Riemann-Hanewinkel, MdB
 Rainer Arnold, MdB
 Klaus Uwe Benneter, MdB
 Wolfgang Gunkel, MdB
 Petra Heß, MdB
 Walter Kolbow, MdB
 Karin Kortmann, MdB
 Johannes Pflug, MdB
 Jörn Thießen, MdB
 Andreas Weigel, MdB
 Gert Weisskirchen, MdB
 Uta Zapf, MdB

